BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
LANDTAG THÜRINGEN

Reisebericht zur Delegationsreise des Innenausschusses vom Thüringer Landtag und des Innenministeriums in das Kosovo vom 05. bis 09. März 2012

zum Antrag
„Abschiebungen in den Kosovo aussetzen“
Drucksache 5/3611

erstellt von
Astrid Rothe-Beinlich
Vizepräsidentin des Thüringer Landtages
Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Inhalt

Anlass der Reise 3

Anreisetag, 05. März 2012 4

Dienstag, 6. März 2012 5

Treffen mit Vlora Citaku, Ministerin für europäische Integration 5

Besuchstermin bei Familie Begani, Priština 7

Briefing durch die Mitarbeiter der Deutschen Botschaft im Restaurant Pinocchio 8

Besuch bei der KFOR, Gespräch mit General Drews und Dr. Gey (Chief of Staff) 10

Treffen mit Vertretern des Roma und Ashkali Documentation Center (RADC) 11

Besuch von „URA 2“ in Priština – Gespräch mit der Leiterin, Frau Birgit Budde 13

Mittwoch, 7. März 2012 15

Gesprächstermin im Innenministerium 15

Treffen mit Frau Juko Doi vom UNHCR in Pristina 17

Gesprächstermin mit Frau Annette Brandt von der OSZE 19

Fahrt nach Mitroviza 21

Besuch im Diakonie Ausbildungs- und Trainingszentrum Mitrovica, Gespräch mit Bernd Baumgarten 22

Donnerstag, 8. März 2012 24

Abfahrt 8.00 Uhr nach Prizren – dort zunächst Besuch des Privaten Loyola Gymnasiums 24

Prizren, Gesprächstermin mit VertreterInnen der AWO, Caritas, vom Kolpingwerk, des ASB und der GIZ 25

Besuch der staatlichen Schule Mati Logoreci 27

Gespräch mit den Mitarbeitern von Deutscher Botschaft und BAMF über deren Aufgaben, Herr Guido Schröder und Rainer Welkener 29

Treffen mit Kefaet und Selami Prizreni, zwei Romabrüdern, die nach über 20 Jahren im März 2010 aus Essen abgeschoben wurden 29

Freitag, 9. März 2012 30

Treffen mit UNICEF in Pristina, Beate Dastel, Monitoring and Evaluation Officer und Verena Knaus, Erstellerin der Studie „Integration unter Vorbehalt“ 30

Treffen mit der International Organization for Migration (IOM) 32

FAZIT: 33

Weitere Informationen: 34

Anlass der Reise

Anlass der Reise war der gemeinsame Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für einen sogenannten „Wintererlass“, welcher einen Abschiebestopp für Roma, Ashkali und Ägypter (RAE)[1] ins Kosovo beinhaltete. Der Antrag mit dem Titel “Abschiebungen in den Kosovo aussetzen” in der Drucksache 5/3611 wurde bereits Anfang November für das Plenum eingereicht, kam jedoch erst im Dezember zur Beratung. Gegen den Willen der AntragstellerInnen wurde der Antrag sodann mit Mehrheit in den Innenausschuss verwiesen, ohne dabei zumindest für den Beratungszeitraum einen Abschiebestopp zu erlassen. Am 4. Januar 2012 kam es zur Abschiebung einer Roma-Familie aus Thüringen nach Serbien.

Im Januar schließlich beantragten die Koalitionsfraktionen aus CDU und SPD im Innenausschuss diese Reise, um sich vor Ort selbst ein Bild über die Situation zu verschaffen. Auch im Ausschuss wurde mit Mehrheitsbeschluss ein vorläufiger Abschiebestopp - zumindest bis zum Abschluss der Reise - abgelehnt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Reise von Anfang an mit Skepsis begleitet, da es aus unserer Sicht genügend seriöse Studien und Einschätzungen von Seiten diverser NGOs gab und gibt, aus denen hervorgeht, dass Abschiebungen von Minderheitsgemeinschaftsangehörigen – gerade im Winter – in das Kosovo nicht zumutbar sind. Hinzu kommt, dass es sich nur um wenige Dutzend Ausreisepflichtige Menschen in Thüringen handelt.

[1] Abkürzung RAE steht englische Bezeichnung von „roma, ashkali and egyptian“

An der Delegationsreise nahmen folgende Personen teil:

- Matthias Hey, Ausschussvorsitzender und Delegationsleiter, MdL SPD
- Wolfgang Fiedler, MdL CDU
- Gudrun Holbe, MdL CDU
- Sabine Berninger, MdL DIE LINKE
- Matthias Bärwolff, MdL DIE LINKE
- Regine Kanis, MdL SPD
- Peter Metz, MdL SPD
- Dirk Bergner, MdL FDP
- Astrid Rothe-Beinlich, MdL BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Nico Waldner, Fraktionsreferent FDP
- Tino Gaßmann, Fraktionsreferent BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Michael Nepp, Landtagsverwaltung

Für das Innenministerium vom 05. bis 7. März 2012:

- Jörg Geibert, Innenminister, CDU
- Stefan Zabold, Leiter des Referates Ausländer-, Asyl- und Aussiedlerangelegenheiten

Im Vorfeld der Reise hatten wir massiv kritisiert, dass kein Treffen mit der OSZE geplant war, hierfür wurde jedoch ein Zeitfenster gefunden.

Anreisetag, 05. März 2012

Gegen 18.45 Uhr fand der Check-In der Delegation am Flughafen Frankfurt am Main statt. Mit einem Bus wurden wir mit den weiteren Passagieren zum Flugzeug gefahren, mussten dort aber noch geraume Zeit im geschlossenen Bus warten. Zunächst kam ein Polizeifahrzeug, welches dem Thüringer Innenminister sicheres Geleit bot und diesen samt seinen Begleitern ins Flugzeug brachte. Danach kam ein weiteres Polizeifahrzeug. Diesem entstieg eine fünfköpfige Familie mit drei kleinen Mädchen. Sie hatten nur wenige Plastikbeutel bei sich und wurden mit Polizei ins Flugzeug verbracht. Wir wohnten also einer Abschiebung bei. Leider konnten wir aufgrund von Sprachbarrieren nicht herausfinden, woher die Familie kam und wohin sie gebracht wurde. Ein bedrückender Start der Reise.

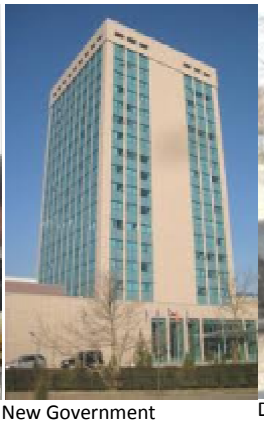
Bei unserer Ankunft gegen 22 Uhr wurde die Familie als erstes aus dem Flugzeug geholt. Da wir schon auf dem Rollfeld von einem gesonderten Bus abgeholt und in den VIP-Bereich des Flughafens gefahren wurden, konnten wir nicht sehen, wie es der Familie bei ihrer Ankunft in Priština erging. In Empfang genommen wurden wir am Flughafen durch den Ständigen Vertreter Matthias Kiesler (Deutsche Botschaft) und Rainer Welkener sowie Guido Schroeder vom BAMF, die uns fortan die gesamte Zeit begleiteten. Eigentlich hatte ich ja erwartet, von diesen zur Begrüßung auch etwas zur Situation im Land zu erfahren, dies war jedoch nicht vorgesehen. Die Fahrt führte uns dann ins etwa eine halbe Stunde entfernt gelegene „Hotel Prishtina“ mitten im Stadtzentrum der 200.000 EinwohnerInnen zählenden Hauptstadt des Kosovo, wo uns gekühlte Zimmer erwarteten, da die Heizung seit geraumer Zeit nicht funktionierte.

Dienstag, 6. März 2012

Treffen mit Vlora Citaku, Ministerin für europäische Integration

Nach einer kurzen Nacht ging es am Morgen früh los – 8.15 Uhr war Abfahrt am Hotel. Es ging zum New Government Building, wo als erstes ein Treffen mit Vlora Citaku, Ministerin für europäische Integration und ihrem Stab auf dem Programm stand. Ministerin Citaku erläuterte zunächst, dass sie aufgrund des heutigen Gedenktages für die Helden des Krieges nur wenig Zeit habe und stellte zugleich heraus, dass der junge Staat Kosovo, der erst seit knapp 14 Jahren Freiheit erlebe, vor großen Herausforderungen stünde. Immer wieder betonte sie den notwendigen und gewünschten Annäherungsprozess an die EU. Sie stellte die Schwierigkeit heraus, dass sich die etwa 1,7 Millionen EinwohnerInnen des Kosovo als einzige in Europa nicht frei bewegen könnten und benannte die Reise- und Visafreiheit als die größten Ziele. Immer wieder betonte sie, dass von Seiten des Kosovo dafür alle Voraussetzungen geschaffen würden.

Vlora Citaku, Ministerin für europäische Integration


New Government Building in Priština

Delegation auf dem Weg zum Termin

Besonderes Augenmerk lenkte die Ministerin hierbei auf die von der Regierung erlassenen Reintegrationsstrategien, die sich derzeit in der Implementierungsphase befänden. In jeder Gemeinde gäbe es ein Büro, das dafür zuständig sei. Dem widersprach jedoch später die OSZE, die lediglich von 11 bekannten Büros in den 33 Gemeinden ausgeht. Die Regierung stelle 3,5 Millionen Euro für RückkehrerInnen zur Verfügung. Von diesen Mitteln hätten bisher über 1.500 RückkehrerInnen profitieren können. Mittel aus diesem Fond gibt es nach Aussage der Ministerin für Nothilfe (Unterkunft, Nahrung, Bekleidung), für Zuschüsse bei Unternehmensgründungen und zum Hausbau. Es hätte in der Vergangenheit Probleme gegeben, diese Strategien auch bekannt zu machen, aber alles sei auf dem besten Weg. Am Flughafen Priština stände ein Informationsbüro, welches jeder und jedem RückkehrerIn notwendige Informationen zur Verfügung stelle. Später erfuhren wir, dass dieses jedoch nur von wochentags von 9-16 Uhr besetzt ist, die Flüge aber vielfach viel später und am Wochenende eintreffen.

Auf Rückfrage stellte sich heraus, dass es gerade mal 20 Familien sind, die im Kosovo aus diesem Fonds Unterstützung beim Hausbau erhielten. Weitere Hilfsangebote gäbe es in Form von Sprachkursen für die zurückkehrenden Kinder, damit diese die amtlichen Sprachen erlernen. Konkret nachgefragt, gab es dazu jedoch keinerlei Zahlenmaterial. Immer wieder betonte die Ministerin, dass das Kosovo bereit sei, alle erforderlichen Voraussetzungen zu erfüllen. Als Angehörige der AlbanerInnen, die selbst jahrelang Unterdrückung erfuhren, setze sie auf Gleichberechtigung. Konkrete Fragen, wie viele Angehörige der Ashkali, Roma und Ägypter aus dem Fonds Gelder

erhielten, wie viele Kinder an den Sprachkursen teilnehmen und wie viele Grundstücke an Minderheitenagehörige gingen, konnte sie zunächst nicht beantworten.

Die Ministerin räumte jedoch ein, dass ein Großteil der AntragstellerInnen an den Fonds der Mehrheitsbevölkerung angehören, es wären ja auch vergleichbar wenige Gemeinschaftsangehörige der Minderheiten, die zurück kämen. Nur 1,5% der Bevölkerung im Kosovo seien Roma. Bei diesen stelle zudem ein Problem dar, dass die Kinder die Schule einfach nicht besuchen. Dieses Phänomen treffe aber sowohl auf zurückgekehrte Romakinder wie auch auf die Kinder der Roma zu, die das Land nie verlassen haben. Der Schulbesuch der Grundschule sei für alle Kinder kostenlos, nur Schulkleidung müsse bezahlt werden, die Bücher werden gestellt. Erst ab der Sekundarschule (ab Klasse 7) müssen diese gekauft werden. Der politische Wille, diese Kinder einzubeziehen, sei da, allein in der Praxis funktioniere es nicht. Die Ministerin habe auch schon überlegt, die Ausstellung von Dokumenten an die Bedingung des Schulbesuchs zu knüpfen, aber das verstoße ja leider gegen die Menschenrechte.

Auf die Frage, wie es sich mit der Beantragung von Dokumenten verhalte, erklärte sie, dass die Gemeinden den RückkehrerInnen dabei kostenlose Hilfe anbieten würden. Gefragt nach Diskriminierung erläuterte sie, sie könne zwar nicht bestreiten, dass es Diskriminierung gebe, bei Bekanntwerden würde jedoch umgehend durchgegriffen, so seien beispielsweise Schulleiter entlassen worden, die Romakinder nicht aufnehmen wollten. Schwierig sei der Fakt, dass die meisten RAE kein Eigentum haben und somit auch kein Grundstück besitzen, um darauf ein Haus zu bauen und eine Unterkunft zu haben. Die ökonomische Situation der Roma sei schwierig, Eltern würden daher ihre Kinder lieber betteln, als in die Schule schicken. Aber es gäbe Hilfe auch für diese Familien.

Die Frage des CDU-Abgeordneten Fiedler, ob eine Abschiebung solcher Familien verantwortbar sei, verwies die Ministerin auf das Rücknahmeabkommen zwischen Deutschland und dem Kosovo, das dieses zur Rücknahme der Betroffenen verpflichtet.

Dann wurde auch zumindest eine Zahl nachgereicht: 226 Roma hätten bereits staatliche Unterstützung aus dem Fonds erhalten. Auf die Frage nach der schwierigen Lebenssituation der Romafamilien – mitunter 10 Personen in einem Zimmer – antwortete die Ministerin ausweichend. Es sei nicht wahr, dass es nicht genügend Wohnraum gäbe. Das Problem für die schwierige wirtschaftliche Situation läge bei den Roma selbst und an der fehlenden Bildung derselben. Deshalb gäbe es auch nur so wenig Studierende Roma, es wären aber schon 15 Stipendien an Minderheitenangehörige vergeben worden.

Ministerin Citaku stellte zudem klar, dass es im Kosovo keinen Rassismus gäbe. Als Beleg führte sie an, dass es schließlich keine nationalistischen Parteien gäbe und die Minderheiten der RAE mit 5 Vertretern im kosovarischen Parlament vertreten seien. Danach musste sie sich leider entschuldigen.

Unser Fazit zu diesem Gespräch lautet: Es wurde mit vielen Worten wenig gesagt und das Bemühen, die Visafreiheit zu erreichen, steht im Vordergrund. Konkrete Antworten gab es nicht. Das Ja zu Abschiebungen ergibt sich aus den Abkommen, die man natürlich einzuhalten gedenkt.

Rotes Kreuz, direkt hinter dem New Government Building in Priština

Ein Hilfstransport mit Decken, Schneeschaufeln und den notwendigsten Lebensmitteln wird vorbereitet.

Wir nutzten die halbe Stunde Verschnaufpause vor dem nächsten Termin, um kurz das Rote Kreuz zu besuchen, das seinen Sitz schräg hinter dem Regierungsgebäude hat. Dort wurde gerade eine Hilfslieferung bestehend aus Schneeschiebern, warmen Decken und Kartoffeln für die Armen am Stadtrand zusammengestellt. Erst am Tag zuvor hatte das Rote Kreuz Romafamilien mit Lebensmitteln versorgt und verwies auf den harten Winter mit Temperaturen unter minus 20 Grad und so hohem Schnee, dass in vielen Kommunen für 2-4 Wochen sogar die Schulen geschlossen waren, weil die Kinder dort nicht hinkamen.

Besuchstermin bei Familie Begani, Priština

Als nächstes geht es zu Familie Begani, die im April letzten Jahres aus Deutschland abgeschoben wurde, wo die Mutter der Familie 13 Jahre lebte. Empfangen werden wir bei der Familie unter anderem von Frau Budde von URA II und einer weiteren ihrer Mitarbeiterinnen, obgleich diese die Familie gar nicht mehr unterstützen. Kurz vor unserem Besuch scheint geklärt worden zu sein, dass die Familie noch bis November Unterstützung für die Miete über das Innenministerium erhält und zudem Nahrungsmittelspenden in Form von Nudeln und Kartoffeln.

Besuch bei Familie Begani

Blick in das Stadtviertel, in dem Familie Begani wohnt

Die vier kleinen Mädchen sind erkältet und drücken sich verschämt an die Eltern bzw. Sozialarbeiterin. Unsere Delegation drängt geschlossen ins einzig mit zwei Klappsofas, einem kleinen Fernseher und einem Holzofen möblierte Zimmer. Betten gibt es nicht – geschlafen wird auf den Sofas und zwar zu Sechst – diese entstammen der Erstausstattung durch URA. Das andere Zimmer ist nicht beheizbar, weitere Möbel gibt es nicht. Auch das Holz ist alle – noch zwei Holzscheite liegen unter dem Ofen. Ein Botschaftsvertreter lobt die heimelige Wärme des bollernden Ofens – mehr Zynismus geht kaum – angesichts der nackten Armut. Alle vier Mädchen sind in Deutschland geboren und waren dort auch gut integriert – vom Kindergarten bekommen sie noch immer Post. Die Hilfe von URA II ist ausgelaufen. Sozialhilfe bekommt die Familie auch noch nicht, angeblich, weil noch

eine Geburtsurkunde von der ältesten Tochter fehlt. Der Höchstsatz würde dann 75 Euro mtl. Für die Familie betragen, Voraussetzung für den Erhalt ist, dass ein Kind unter 5 Jahren alt ist. Die Mutter berichtet von den Krankheiten der Kinder – Ohrenschmerzen machen der Mittleren zu schaffen, die Medikamente jedoch waren zu teuer.

Der Vater hatte bereits in Deutschland TBC und sieht furchtbar krank aus, er wirkt angeschlagen und spricht es deutlich aus: „Das Leben für Roma hier ist Scheiße.“ Die Mutter berichtet von Diskriminierungserfahrungen und vom Warten auf die Polizei, die in der Regel doch nicht kommt, wenn Roma sie rufen. Eine Aussicht auf Arbeit haben weder Vater noch Mutter. Beschämt stecken Abgeordnete aller Parteien den Eltern Geldscheine beim Rausgehen zu, damit sie wenigstens etwas Holz kaufen können. Einigen stehen die Tränen in den Augen. Schönreden lässt sich so ein Leben nicht, auch wenn jede/r weiß, dass die Armutsrate im Kosovo allgemein hoch ist.

Briefing durch die Mitarbeiter der Deutschen Botschaft im Restaurant Pinocchio

Der Botschafter musste sich leider entschuldigen, ihm ist das Abendessen nicht bekommen. Gebrieft werden wir nun vom Stellvertreter Herrn Kiesler und den Mitarbeitern der Botschaft und des BAMF; die uns die ganze Zeit begleiten. Hinzu kam noch Herr Deisenberger, der uns als Kulturreferent der Botschaft vorgestellt wurde und als Dienstältester der anwesenden Botschaftsmitarbeiter bereits seit 3 Jahren im Kosovo ist.

Wir erfahren, wie sich die Lage seit dem 25. Juli 2011 geändert hat. Im Norden leben mehr Serben (etwa 50.000 der insgesamt 120.000 im Land vertretenen Serben) und zudem gibt es von Serbien aus unterhaltene Parallelstrukturen. Das Schicksal der Serben bestimmt die innenpolitische Situation, das Verhältnis ist nach wie vor sehr sensibel. EULEX sichert mit der KFOR die Grenzübergänge. Seit den gewalttätigen Auseinandersetzungen im November 2011 in Mitroviza zwischen serbischen „Unruhestiftern“ und KFOR-Truppen aus Thüringen hat sich die Lage mittlerweile normalisiert. Auf Befahrungsrouten werden Übergänge gewährleistet. Mitroviza ist getrennt, zwischen Serbien und dem Kosovo.

Grenzanlagen zwischen Serbien und Kosovo bei den Unruhen im November 2011

Rund 10.000 Serben versuchen 2008, mit ihrem Protestzug in den albanischen Teil der Stadt zu gelangen.

Die diplomatischen Bemühungen sind auf Annäherung und Anerkennung bspw. von Diplomen, Personenstandsurkunden etc. ausgerichtet. Betont wurde die Bedeutung des Katasterwesens, um unklare Besitzverhältnisse zu klären. Es gab und gibt Verwerfungen bei der Vertretung – so erkennt Serbien das Kosovo bis heute nicht an und betrachtet selbiges immer noch als Teil Serbiens. Zudem gab es einen langen Streit darum, unter welchem Namen das Kosovo künftig fungiert. Die geostrategische Ausrichtung des Kosovo geht laut Verfassung ganz klar Richtung Europa, die Regierung strebt schnellstmöglich den Annäherungsprozess an. Als problematisch wurde benannt, dass sich die EU selbst im Umgang mit dem Kosovo nicht einig ist, so haben insbesondere Spanien

und die Slowakei Bedenken. Das Kosovo selbst will natürlich die Gleichstellung mit anderen europäischen Ländern erreichen und bemühe sich, die Bedingungen dafür zu erfüllen, wie das Rückübernahmeabkommen, die glaubwürdige Reintegration der RückkehrerInnen und die Implementierung der dazu erlassenen Strategien.

Als besonders schwierig erweist sich für das Kosovo das EU-Handelsabkommen. Hierzu wird derzeit eine Machbarkeitsstudie erstellt. Problematisch sind zudem Fragen der Elektrizitätsversorgung, die im Kosovo nicht durchgehend gewährleistet ist und der Umgang mit industriellen Altlasten, wie bspw. der alten Batteriefabrik bei Mitroviza. Auch die Wirtschaftsentwicklung ist nicht einfach. Umstritten war und ist, dass vor allem Geld in Großprojekte floss, zum Beispiel 200 Millionen für eine Autobahn – deren Nutzen mehr als fraglich ist. Zudem gibt es viel Kritik an dem Vorhaben, den Bereich der Telekommunikation privatisieren zu wollen. Es gibt derzeit keine nachhaltige Entwicklung. Prägend ist die hohe Abhängigkeit von finanziellen Transfers insbesondere aus Deutschland und der Schweiz. Zumindest im Bausektor gibt es einen Boom – nicht jedoch im Winter. Tourismus und Landwirtschaft sind bisher völlig unterbelichtet. Fakt ist, es braucht dringend Arbeitsplätze, da die Arbeitslosigkeit zwischen 40% bei Erwachsenen und 70% unter Jugendlichen beträgt. Allerdings gibt es keine verlässliche Statistik dafür, daher sind die Zahlen nur grobe Anhaltspunkte. Und: Das Kosovo braucht Investoren. Allerdings ist das Image des Landes eher schlecht – insbesondere die Fragen der Rechtsunsicherheit und der Energiesicherheit schrecken viele ab. Das Kosovo drängt darauf, dass die Schere zwischen Serbien und dem Kosovo nicht weiter auseinander geht.

Veraltetes Kohlekraftwerk Kosovo A – direkt bei Priština

Tagelöhner an einer Straße in Priština beim Warten auf Arbeit

200 Mio. € Projekt - New Kosovo Highway der Pristina und Tirana verbinden soll

Hinzu kommt eine allgemeine Ernüchterung, dass die Erfolge nur wenig sichtbar sind. So steht auch zu befürchten, dass es zu einer nationalistischen Radikalisierung mit Blick auf kommende Wahlen kommen könnte.

Zur medizinischen Versorgung: Hier zeichnet sich ein besonders schwieriges Bild. Es gibt keine Krankenversicherung und kein voll funktionsfähiges öffentliches Gesundheitssystem. Wer Geld hat, kann sich notwendige Leistungen privat erkaufen. Es gibt viele Apotheken, in denen werden zwei Kategorien von Medikamenten angeboten. Die Medikamente, die auf der „essential drug list“ verzeichnet sind, werden staatlich gestützt und kosten zwischen 50 Cent und 2 Euro, alle anderen sind wesentlich teurer. Zahnbehandlungen kosten in etwa die Hälfte wie in Deutschland – das Durchschnittseinkommen jedoch liegt im öffentlichen Dienst bei 300 – 350 Euro monatlich. Der Höchstsatz Sozialhilfe für eine Familie beträgt 55 - 75 Euro im Monat – dafür muss es jedoch mindestens ein Kind unter 5 Jahren in der Familie geben. Die konkreten Kriterien, nach denen eine Familie Anspruch auf Sozialhilfe hat, bleiben unklar.

Besuch bei der KFOR, Gespräch mit General Drews und Dr. Gey (Chief of Staff)

Einer kleinen Irritation zu Beginn – der KFO waren nur der Minister und dessen Begleitung gemeldet – folgte vor einer verkleinerten Delegation ein Vortrag zum Auftrag der KFOR und zur aktuellen Sicherheitslage im Kosovo. Als besondere Herausforderung wurden die Doppelstrukturen im Norden beschrieben. Dort stellt Serbien jährlich ca. 600 Millionen Euro bereit – das entspricht in knapp der Hälfte des Etats des gesamten Kosovo, der etwa 1,5 Mrd. Euro beträgt. Beispielhaft für die Doppelstrukturen ist die Situation der Polizei im Norden. Diese wird oftmals sowohl vom Kosovo als auch von Serbien bezahlt. Die Betroffenen erhalten damit ein doppeltes Gehalt, unterliegen einer doppelten Loyalität, was mehr als schwierig ist. Im Süden gibt es dezentralisierte serbische Communities – dort funktioniert auch das Zusammenleben – im Norden ist die Situation jedoch weiter angespannt, da sich die Serben dort, so der Vortrag, als die Serben in ihrem Kernland fühlen (Stichwort: faktische Nichtanerkennung des Kosovo).

General Drews – Oberbefehlshaber der KFOR im Kosovo

Besuch im KFOR-Camp Film City

KFOR-Camp – Film City

Im Norden wechseln sich somit die Furcht vor einer Übernahme durch Serbien und die Angst davor, von Serbien fallen gelassen zu werden ab. Die Organisierte Kriminalität prägt insbesondere den Norden, der mehr oder weniger 12 Jahre Niemandsland war. Bis heute gibt es dort bspw. kaum Nummernschilder an Autos, geschätzte 30 Prozent der AutofahrerInnen haben keinen Führerschein. Die Bevölkerung im Norden fühlt sich überwiegend serbisch und will „mit dem Rest“ nichts zu tun haben. Peu a peu werde jedoch Grenzregime eingerichtet, um den Schmuggel einzudämmen. Ein weiteres Problem ist, dass die Bundesrepublik einerseits Serbien anerkannt hat, dessen Staatsgebiet umfasst laut Verfassung auch das Kosovo. Andererseits hat sie jedoch auch das Kosovo anerkannt. Fakt ist jedoch, dass sich hier Staatsgebiete überlappen.

Zur Sicherheitslage seit dem 21.7.2011 führte General Drews aus, dass seit den Unruhen und mit dem Verbot des Einfuhrs von Waren aus Serbien ins Kosovo die Situation mehr als angespannt war. Sogenannte Roadblocks wurden errichtet. Die KFOR übergab im September die Verantwortung für Gate 1 und DOG 31 an EULEX. Es gab mehrere Räumungsversuche. General Drews räumt freimütig ein, dass die KFOR in der Situation bis November die Initiative verloren habe. Am 28.11. schließlich kam es zum Überraschungsangriff. Daraufhin folgten die Schüsse auf deutsche Soldaten und weitere Übergriffe, wobei mehrere Soldaten aus Thüringen verletzt wurden. Am 3. Dezember schließlich wurde sich über ein integrated border management verständigt.

Ursprünglich war geplant, dass KFOR reduziert und dafür EULEX aufgebaut wird. In der Praxis funktioniert das derzeit jedoch nicht. Hinzu kommen die unterschiedlichen Organisationsstrukturen und -kulturen von KFOR und EULEX. Letztere soll sich ab Juni 2012 ändern. Offene Fragen im Norden stellen insbesondere die bislang völlig ungeregelten Problematiken bei der Gerichtsbarkeit, der Polizei, beim Zoll und bei der Kontrolle der Verwaltungslinie zu Serbien dar.

Kritisch gesehen wird zudem der Erhalt der „situational awareness“ und die Entwicklung in der internationalen Präsenz (sprich das Ende der überwachten Unabhängigkeit). Offen sind sowohl die politische Entwicklung des Kosovo und von Serbien, wo im Mai Wahlen anstehen. Noch unklar ist außerdem, ob und wie sich das Verhältnis Serbien/Kosovo durch die Erteilung des Kandidatenstatus für Serbien ändert.

Zur Situation der RückkehrerInnen führte General Drews folgendes aus, dass Minderheitenangehörige im Gegensatz zu den Kosovaren, Serben und Albanern kaum Landbesitz haben. Sie sind auf sich selbst zurück geworfen. Das Problem ist, dass der Staat zu arm ist, um den Roma und Ashkali zu helfen. Diese leben unter teilweise erbärmlichen Umständen. Gemeinden und Gesellschaft haben zudem generell große Probleme, mit Roma umzugehen, da diese auch so leben wollen, wie Roma und nicht wie Albaner. Die Stabilität des staatlichen Gemeinwesens sei generell nicht gegeben, gleiches gilt für die ökonomische und finanzielle Stabilität. Hinzu kommt die immens hohe Arbeitslosigkeit. Und: Die Regierung bekriegt sich gegenseitig.

Aus KFOR-Sicht sollte der Konflikt zwischen Belgrad und Pristina schnellstmöglich gelöst werden und der Weg in die EU auch dem Kosovo offen stehen.

<u>Treffen mit Vertretern des Roma und Ashkali Documentation Center (RADC)</u>

Begrüßt wurden wir vom Direktor des RADC, Adem Beha. Die Organisation hat sich 2004 gegründet und befasst sich mit der Integration von RAE in die kosovarische Gesellschaft. Seit 2005 führen sie eine eigene Datenbank. Seit 2007 unterstützen sie Betroffene u.a. konkret bei der Zivilregistrierung und arbeiten eng mit den Flüchtlingscamps im Norden und den Roma Mahallas (den sog. neu gebauten Roma Gemeinschaften in mehreren Städten, insbesondere im Norden) zusammen. Ziel ist, die noch in den teilweise bleiverseuchten Camps lebenden Menschen möglichst in einzelnen Häusern in ihren Familien ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Zudem engagiert sich das RADC in der Bildungsarbeit, unter anderem in Roma Mahalla in Mitroviza.

Adem Beha vom RADC

Gespräch mit dem RADC

Zur Zivilregistrierung:
Roma und Ashkali sind laut RADC am wenigsten integriert im Kosovo. 20 bis 40 Prozent von ihnen haben keine Personalunterlagen und somit auch keinen Zugang zu Unterstützung. Bislang wurden durch das RADC 15.000 Menschen bei der Registrierung unterstützt.

Zur Reintegration:
Die Camps im Norden von Mitroviza, in denen Roma und Ashkali untergebracht wurden, wiesen hohe Bleikonzentrationen auf. Mehrere Kinder sind gestorben, viele sind behindert und trugen Hirnschädigungen davon. Vor dem Krieg lebten die dorthin umgesiedelten Roma im Süden von

Mitrovica. 2008 wurden endlich 50 Häuser in der Roma Mahalla im Süden Mitrovizas gebaut, dorthin sind nun schon etliche Familien auch mit Hilfe der europäischen Kommission umgezogen. Allerdings leben noch immer etwa 20 Familien in Osterode (dem bleiverseuchten Camp). Das RADC bemüht sich mit anderen Hilfsorganisationen, wie der Diakonie und MercyCorps diese Familien zu unterstützen, um sie ebenfalls umzusiedeln.

Bleiversuchtes Camp in Osterode

Roma Mahalla in Mitroviza

Das RADC betont, dass die im Kosovo geschaffenen Gesetzlichkeiten durchaus fortschrittlich sind, auch mit Blick auf den Umgang mit Minderheiten. Allerdings hapert es massiv an der Umsetzung. Immer wieder würden die Menschenrechte der Rückgeführten verletzt – schon in der Art und Weise der Rückführung. Hinzu kommt die extreme Armut, die ohnehin das Land bestimmt. RückkehrerInnen sind davon zusätzlich betroffen, zumal sie in der Regel weder über Eigentum noch Grundbesitz verfügen.

Zur Arbeitsplatzsituation:
Im staatlichen Energiekonzern im Kosovo arbeiten 8067 Angestellte – darunter befinden sich nur 3 Roma, kein einziger Ägypter oder Ashkali. Bei der kosovarischen Bahn ist von den 348 Angestellten kein einziger Minderheitenangehöriger, genauso verhält es sich beim Flughafen mit 644 Beschäftigten. Diese Zahlen entstammen den offiziell von der Regierung herausgegebenen Statistiken. Auf die Nachfrage, wie viele Minderheitenangehörige in Polizei, Justiz und Innenministerium beschäftigt seien, kommen ernüchternde Antworten. Im Innenministerium sind es NULL, in der Polizei gäbe es ganz wenige, da die meisten nicht über Bildungsabschlüsse verfügen. Auch in den Stadtverwaltungen gibt es so gut wie keine Minderheitenangehörige.

Das nahezu größte Problem für die RückkehrerInnen stellt jedoch die Sprache dar. Gerade die Kinder, die in der Regel im Ausland geboren und oder aufgewachsen sind, sprechen die amtlichen Sprachen nicht. Die Reintegrationsstrategie der Regierung sieht zwar Sprachkurse für die Kinder vor, diese werden aber bisher nicht angeboten. Die Reintegrationsstrategie war vorgesehen für den Zeitraum von 2009 bis 2015. Passiert ist jedoch in der Umsetzung bis heute fast nichts. Dies stehe symptomatisch fürs Kosovo. Strategien gibt es ständig neue für alles, die Implementierung jedoch bleibt aus. Das Problem liegt hier aber nicht nur bei der Regierung, sondern vielmehr an der Gesellschaft und teilweise auch beim Wirrwarr der Hilfsorganisationen. So gibt es zwar viele Hilfen, diese kommen aber oftmals gar nicht bei den Hilfesuchenden an. Auch fehle – trotz der gesetzlich garantierten 10 Minderheitenvertreter der RAE für diese Legislatur im Parlament – die politische Lobby für die Betroffenen. Laut UNMIK leben derzeit etwa 39.000 Gemeinschaftsangehörige im Kosovo, überwiegend rund um Prizren. Die Abgeordneten der Minderheiten melden sich faktisch nicht zu Wort. So haben die Vertreter der Roma nach einer Statistik des RADC nur etwa 3 Prozent ihrer Redezeit genutzt, die der Ashkali sogar nur 1,6 Prozent.

Ein Problem sei hier auch die regierende Koalition, der diese faktisch mit angehören, daher gibt es auch keine öffentliche Kritik an der Regierung. Der RADC konstatiert den fehlenden politischen Willen, sich zur Situation der Gemeinschaftsangehörigen der Minderheiten zu äußern und diese angemessen zu vertreten. Damit fehlt ihnen die Stimme. Anders sei dies bei den 10 Serbenvertretern, die ihre Belange gut organisiert vertreten. Wenn die Regierung von Minderheit spricht, meint sie zudem in der Regel nur die Serben.

Auf die Frage, wie das RADC die Umsetzung der Reintegrationsstrategie in den Gemeinden beurteilt, wird deutlich, dass nur 4 der 33 Gemeinden auch einen Plan zur Umsetzung der Strategien haben. Gelder in den Kommunen zur Umsetzung der Strategien gibt es keine. Zudem verweist das RADC darauf, dass der von der Regierung bereitgestellte Fonds von 3,5 Mio Euro nicht speziell für Minderheiten gilt und nahezu ausschließlich anderen RückkehrerInnen nutzen würde. Auch wüsste fast niemand, wie man an die Mittel kommen könnte. Die MitarbeiterInnen der Büros sind nicht ausgebildet, viele Kommunen kennen die Strategien nicht einmal. Dies geht auch aus einer Erhebung der OSZE hervor.

Zur Problematik der Kinder und zum Schulbesuch legte das RADC dar, dass vielen Kindern bspw. die notwendigen Unterlagen zum Schulbesuch fehlen (Geburtsurkunden, Schulzeugnisse etc.). Hinzu kommen mangelnde oder gar keine Sprachkenntnisse der amtlichen Sprachen. Weiterhin sei die Armut oft so gravierend, dass es schlicht an Kleidung, Essen und Schulmaterial fehlt. Die wenigsten RückkehrerInnenkinder würden daher überhaupt die Schule besuchen und wenn dann nur die Grundschule, da es danach ohnehin keine Schulpflicht gibt. Laut einer Studie der Balcan Sun Flower brechen 90 Prozent der Roma- und Ashkalikinder die Schule schon vor dem Ende der Grundschulzeit ab.

Ebenfalls problematisiert wurde das fehlende Krankenversicherungssystem. Eine zusätzliche Schwierigkeit stellt dar, dass bspw. für Familien, die Sozialhilfe bekommen, zwar der Arztbesuch eigentlich kostenfrei ist, unter der Hand müssen aber bis zu 50 Prozent Zuzahlungen geleistet werden (dies hat auch UNICEF immer wieder thematisiert und entsprechende Daten erhoben). Außerdem müssen notwendige Medikamente bezahlt werden. Das größte Problem der Rückkehrenden liegt allerdings in der gefühlten Diskriminierung und in der Wahrnehmung der Betroffenen, die sich im Kosovo fremd und nicht anerkannt fühlen. Da sie zudem kaum nachweisen können, was ihnen früher an Grund oder Boden gehörte, stehen sie mit leeren Händen und ohne Rückzugsort da.In Deutschland leben nach Kenntnis des RACD derzeit noch ca. 20.000 Roma, Ashkali und Ägypter, die ausreisepflichtig sind. 5000 davon sind Kinder.

Besuch von „URA 2“ in Priština – Gespräch mit der Leiterin, Frau Birgit Budde

Bei URA 2 (Brücke) handelt es sich um ein Rückkehrprojekt, welches Beratung, finanzielle und praktische Unterstützung nach der Rückkehr und bei der Integration leistet. Es ist das einzige Projekt, welches sich auch an Abgeschobene wendet. URA 2 ist ein gemeinsames Projekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und der vier Bundesländer Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt. Das heißt: NUR RückkehrerInnen oder Abgeschobene aus diesen Ländern haben auch Anspruch auf Unterstützung durch URA 2.

Die Hilfen von URA 2 sind zeitlich befristet auf 6 Monate. Die Soforthilfe direkt nach der Rückkehr umfasst eine Sozialberatung, Unterstützung bei Behördengängen, Gewährung von Überbrückungsgeld in Höhe von 50 Euro pro Person (einmalig!), die Gewährung eines Mietkostenzuschusses von 100 Euro für max. 6 Monate, eine einmalige Kostenerstattung für

Medikamente bis maximal 75 Euro und die Übernahme von Einrichtungskosten von bis zu 600 Euro für freiwillige und bis zu 300 Euro für zwangsrückgeführte Personen.

Als Reintegrationsangebote gelten die Übernahme von Schulungskosten für Sprachkurse von bis zu 50 Euro (einmalig), die einmalige sächliche Schulgrundausstattung, Hilfe bei der Jobvermittlung bei Zahlung von Gehaltszuschüssen für maximal 6 Monate – 150 Euro für freiwillige RückkehrerInnen und 100 Euro für Abgeschobene. Außerdem organisiert URA 2 die Unterstützung von Existenzgründungen für Freiwillige. Mit diesen Hilfen soll ein Grundstein für eine nachhaltige Reintegration gelegt werden – allein die Kürze der Zahlungen lässt jedoch am Erreichen des hehren Zieles zweifeln. URA 2 gibt es seit 2006. Es werden zudem in vier Doppelstockbetten Notschlafgelegenheiten in einem Raum direkt am Sitz des Projektes in Priština angeboten.

2011 betreute URA 2.339 Neuzugänge und 200 Menschen, die im 2. Halbjahr 2010 kamen. Von den 339 Menschen waren 117 freiwillig und 222 zwangsweise ins Kosovo zurückgekehrt. 211 Menschen erhielten Geldleistungen. Die Projektausgaben 2010 betrugen 446.000 Euro. Im Jahr 2012 sind bereits 50 RückkehrerInnen zu URA 2 gekommen. Diese erhalten neben materieller Unterstützung auch psychosoziale Beratung. Für 2012 stehen finanzielle Mittel für etwa 100 Abgeschobene und 120 freiwillig Zurückgekehrte zur Verfügung.

Ziel ist, dass die Betroffenen nach den 6 Monaten auf eigenen Beinen stehen. Die Leiterin des Projektes, Frau Birgit Budde ist Mitarbeiterin des BAMF und lebt und arbeitet bereits seit vielen Jahren im Kosovo. Ihr Team wird unterstützt durch SozialarbeiterInnen und PsychologInnen. Im Projekt wurden im letzten Jahr auch Kindersprachkurse für die Amtssprachen angeboten, diese wurden jedoch über den Winter wegen den Witterungsbedingungen eingestellt, sollen aber im April wieder starten. Im Jahr 2011 nahmen 56 Kinder an den Kursen teil. Frau Budde setzt auf Hilfe zur Selbsthilfe – das Projekt macht Angebote, die Entscheidung, ob diese angenommen werden, liegt jedoch bei den Betroffenen selbst.

Gespräch mit Birgit Budde von URA 2

Notschlafstelle bei URA 2

Im letzten Jahr konnte das Projekt 68 Arbeitsverträge vermitteln, davon 29 an Minderheitenangehörige der Roma (18) und Ashkali (11) – allerdings nicht in den öffentlichen Dienst. Schwierig gestaltet sich die Situation nach den 6 Monaten. Wer Glück hat, erhält ein weiteres halbes Jahr Unterstützung über das Reintegrationsprogramm des Innenministeriums. Danach gibt es allerdings keine weiteren Hilfen.

Die Brüder Kefaet und Selami Prizreni beispielsweise, die im April 2010 nach mehr als 20 Jahren aus Essen abgeschoben wurden, hatten so für ein halbes Jahr eine Unterkunft, haben jetzt jedoch keine Bleibe mehr.

Frau Budde betonte, die Neuankömmlinge bereits am Flughafen in Empfang zu nehmen. Ob und wie dies allerdings funktioniert ist unklar. Zudem profitieren von dem Projekt nur die vier Geberländer. Die Nachhaltigkeit des Projektes darf bezweifelt werden. Familie Begani, die wir am Morgen besucht hatten, wurde auch von URA 2 die ersten 6 Monate unterstützt. Vermutlich nach öffentlichem Druck, die Familie war durch mehrere Reiseberichte bekannt geworden, erhielt sie nun die Mietunterstützung durch das Innenministerium zumindest bis November. Zudem bekommt sie Nahrungsmittelhilfe. Geldleistungen jedoch erhält die Familie keine.

Von Nachhaltigkeit und echter Integration kann jedoch keine Rede sein. Auch erschließt sich nicht ganz, nach welchen Kriterien die Leistungen vergeben werden. Problematisch muss zudem gesehen werden, dass URA 2 für viele AbschiebungsbefürworterInnen als Begründung dafür herhalten muss, dass Menschen ins Kosovo abgeschoben werden können.

Mittwoch, 7. März 2012

<u>Gesprächstermin[2] im Innenministerium</u>

Der Innenminister Bajram Rexhepi begrüßte die Delegation wortreich und bedankte sich ausgiebig für die Unterstützung Deutschlands beim Wiederaufbau und in Fragen der Sicherheit. Er betonte die Wichtigkeit des Prozesses der EU-Integration, die angestrebte Visafreiheit und verwies darauf, dass derzeit noch etwa 300.000 KosovarInnen in Deutschland leben. Er betonte, dass er wisse, welche Kosten in Deutschland durch Menschen ohne Aufenthaltsstatus entstünden und betonte immer wieder, dass das Kosovo den staatlichen Verpflichtungen nachkommen wolle und alle zurücknehme, die ihren Status nicht geregelt hätten. Der Minister stellte weiter die gute Zusammenarbeit mit den Behörden in Deutschland heraus und deutete an, dass zunächst Bedingungen geschafft werden müssten, die garantierten, dass die Zurückgeführten auch im Kosovo verblieben, sprich Wohnraum bräuchten und Arbeitsplätze, damit sie nicht, sobald möglich, wieder nach Deutschland ausreisen.

Bajram Rexhepi, Innenminister des Kosovo

Innenministerium im Zentrum Prištinas

2010 sind laut Rexhepi 939 Menschen Menschen ins Kosovo zurückgekehrt, 2011 insgesamt 750 und in 2012 bisher 77. Auch betonte er einmal mehr den bereitgestellten Fonds in Höhe von 3,5 Mio.

[2] Mit dem Innenminister Bajram Rexhepi und daran anschließendes Gespräch mit Ilam Gashi, Staatssekretär; Naima Shala, Direktor der Rechtsabteilung; Shkodran Manaj, amtierender Direktor der Abteilung für Staatsbürgerschaft, Asyl und Migration; Syle Sefaj, Ministerkabinett; Sedin Kuqi, Referatsleiter Analyse und Statistik, Kemal Shaqiri, Referatsleiter Rückübernahme, Artan Duraku, Koordinator für die Erreichung der Visafreiheit und Fisnik Rexhepi

Euro. Ziel sei, die freiwillige Rückkehr möglichst vieler Betroffener zu erreichen, um Deutschland auch finanziell zu entlasten.

Der Thüringer Innenminister dankte ebenfalls für den freundlichen Empfang und erwähnte die Anwesenheit der Thüringer KFOR-SoldatInnen, die ja im letzten Jahr teilweise auch verletzt wurden, als es im Norden zu den Auseinandersetzungen kam. Geibert wiederum verdeutlichte, dass es in Thüringen nur wenige Dutzend Ausreisepflichtige RAE gebe. Auf die Frage nach der Situation der Minderheiten und ob Gemeinschaftsangehörige der RAE auch im Winter abgeschoben werden könnten und wie es mit deren Unterbringung aussähe, antwortete der kosovoarische Innenminister : Er wolle ganz ehrlich sein – nicht politisch. Immer spräche man fast ausschließlich von diesen Minderheiten. Die größte Zahl der RückkehrerInnen seien jedoch AlbanerInnen. Er selbst, als Albaner, habe Lehren aus eigener Diskriminierungserfahrung gezogen. Der menschliche Aspekt der Roma sei ganz sicher deren tragisches Schicksal in ganz Europa, welches aber vielleicht auch deren Lebensart geschuldet sei. Er habe die Erfahrung gemacht, dass es in Mitroviza sozusagen Racheakte gegen die Roma gab, weil man ihnen die Kollaboration mit Serben unterstellte. Vielleicht lag dies aber auch daran, dass die Roma nie einen „richtigen Führer“ für ihre Volksgruppe hatte und sie sich deshalb teilweise serbischen Gruppen angeschlossen haben und Verbrechen begingen. Vielleicht seien sie auch deshalb später selber zu Opfern geworden.

Er räume ein, dass es in den ersten zwei bis fünf Jahren nach dem Krieg sicher notwendig für die Roma gewesen sei, in anderen Ländern Asyl zu beantragen. Jetzt habe man jedoch eine andere Lage, aus Sicherheitsaspekten gäbe es keinen Grund mehr, anderswo Asyl zu beantragen. Die Minderheitsangehörigen würden im Kosovo fortschrittliche Rechte genießen. Die Arbeitslosigkeit sei zwar sehr hoch, aber das sei ein generelles Problem. Das Niveau der Bildung sei auch dafür ausschlaggebend. Sie würden ja gern auch Minderheitenangehörige in Polizei, Ministerium und Justiz einstellen, aber deren Bildungsabschlüsse würden dies nicht zulassen. Dafür müsse man mindestens die Mittelschule oder ein Gymnasium abgeschlossen haben, das sei aber fast durchweg nicht der Fall. Es werde sich bemüht, den Menschen Arbeit anzubieten, die Möglichkeiten seien jedoch gering.

Bei den RückkehrerInnen käme zudem das Problem des in der Regel nicht vorhandenen Grundbesitzes dazu. Etliche Roma hätten bspw. ihre Grundstücke vor ihrer Ausreise verkauft, um sich falsche Papiere etc. zu besorgen und nach ihrer Rückkehr hätten sie nun nichts mehr. Die Kommunen würden ermutigt, Land zu kaufen, um dieses Betroffenen für den Hausbau zur Verfügung zu stellen, aber viele wollten sich gar nicht integrieren. Die Nichtregierungsorganisationen und die Betroffenen würden zudem nicht immer die Wahrheit erzählen. Auf die Fragen, wie hoch die Zahlen der zur Abschiebung angemeldeten Menschen im Vergleich zu den tatsächlich Abgeschobenen seien, ob auch in Albanien oder Mazedonien Geborene ins Kosovo abgeschoben würden und ob der letzte Wohnort erfasst wird und wenn ja, warum, antworte der Minister:

Zu genauen Zahlen könne er nichts sagen, der größere Teil der Menschen käme jedoch freiwillig zurück. Der letzte Wohnsitz würde erfasst. Weiterhin gab er zu bedenken, dass viele Minderheitenangehörige in Deutschland fälschlich das Kosovo als Herkunftsland angegeben hätten, weil sie sich davon eher Anspruch auf Asyl versprochen hätten, das Ministerium würde dies bei der Anmeldung der Abschiebungen prüfen und würde viele Fälle feststellen, die eigentlich bspw. aus Mazedonien kämen. Binnen 28 Arbeitstagen muss das Ministerium mittels Registerbüchern Antwort auf die Frage geben, woher die Menschen stammen. Dabei bleiben auch Fragen offen.

Zur Frage, wie Minderheiten besonders geschützt werden könnten führte der Minister aus, dass es keine Übergriffe gegen Minderheiten gäbe. Die Zeiten des Hasses und der Rache seien vorbei, diese Einstellung würde auch die Mehrheit der Bevölkerung teilen – insbesondere die Albaner.

Es gäbe noch Probleme im Norden, aber diese wären zu schwierig und zu undurchsichtig, als dass man da etwas tun könne, zumal sich die Betroffenen in der Regel auch gar nicht integrieren wollen.
Zu dem Vorwurf, die Minderheitenangehörigen hätten nicht die Wahrheit gesagt, was bspw. ihre Herkunft anbelangt wollte der Minister sich nicht weiter äußern. Er räumte ein, es wäre keine ideale Lage im Kosovo, aber die derzeitige Phase sei auch eine neue Erfahrung für alle. Die Regierung und die Behörden seien dieses Jahr schon viel besser vorbereitet, als in den Jahren zuvor. Zur Frage der Implementierung der Reintegrationsstrategien äußerte er sich vorsichtig optimistisch. Es würden immer bessere Voraussetzungen für eine stabile Rückkehr geschaffen. Derzeit lägen bspw. 77 Bauanfragen für Häuser vor. Im April/Mai soll mit dem Bau begonnen werden. Er habe Verständnis für die Staaten, die Probleme mit der Abschiebung der Asylsuchenden ins Heimatland haben. Im Schnitt würden (inzwischen wurden ihm Zahlen gereicht) von 150 zur Abschiebung angemeldeten Fällen etwa 40 auch ankommen – der Rest würde vermutlich in Drittländer ausweichen. Da der Minister sodann dringende dienstliche Verpflichtungen wahrzunehmen hatte, antworteten in der Folge die o.g. Mitarbeiter.

Im Krieg seien im Kosovo etwa 160.000 Häuser zerstört worden. 120.000 Menschen leben in extremer Armut, das entspricht etwa 17% der Bevölkerung. Der Haushalt des Landes reiche nicht aus, um allen zu helfen. Es seien in den letzten Jahren 152 Familien untergebracht worden, im Innenministerium sei kein Fall bekannt, dass Menschen auf der Straße leben. Jeder Rückkehrer würde untergebracht. Familien, denen Häuser zur Verfügung gestellt werden, gelten fortan nicht mehr als Sozialfälle. Viele RückkehrerInnen lebten besser als Minderheitenangehörige, die das Kosovo nie verlassen haben. Das Kosovo stünde wegen der Minderheitenproblematik unter immensen Druck und würde daher alles für die Reintegration tun. Die RückkehrerInnen würden somit in gewisser Weise also sogar positiv diskriminiert, denn ihnen würde beim Hausbau, mit startups für Existenzgründungen und auch sonst geholfen. Die viele Unterstützung würde inzwischen sogar dazu führen, dass sich die einheimische Bevölkerung schlechter behandelt führt, was neuen Konfliktstoff mit sich bringt.

Verfassung und Gesetze schließen Diskriminierungen aus. Das Kosovo achte die internationalen Abkommen zum Schutz der Minderheiten. Um diesen noch weiter entgegen zu kommen, würden sogar die Fristen zur Registrierung dieser Menschen verlängert. Es gäbe weiterhin ein Empfangsbüro für Rückkehrer am Flughafen in Priština, dort werden diese auch umgehend registriert, nach Krankheiten befragt und ob sie eine Bleibe hätten. Wenn sie letzteres verneinen, gibt es für 7 Nächte eine Notunterkunft. Danach gibt es die Möglichkeit, bspw. über URA 2 für 6 Monate und in der Folge vom Innenministerium für weitere 6 Monate Unterstützung zu erfahren. Danach müssten die Betroffenen allerdings auf eigenen Beinen stehen.

Das Fazit des Gespräches war eindeutig: Das Innenministerium hat große Interesse, die Situation möglich unproblematisch darzustellen, Hintergrund ist sicher auch hier der Wille, schnellstmöglich zur EU zu gehören und Visafreiheit zu erlangen. Bei genauen Nachfragen wird ausweichend geantwortet, die eigene Diskriminierungserfahrung würde quasi garantieren, dass Diskriminierung nunmehr nicht mehr stattfindet. Und: Die Lebensart der Minderheiten sei eben schwierig...

<u>Treffen mit Frau Juko Doi vom UNHCR in Pristina</u>

Juko Doi arbeitet als Beobachterin/officer in Priština. Das UNHCR ist seit gut 10 Jahren mit RückkehrerInnen im Kosovo befasst und achtet u.a. auf die Einhaltung der Menschenrechte u.a. bei der Umsetzung der UN-Resolution 1244. Juko Doi steht – ebenso wie ihre KollegInnen – im ständigen Kontakt mit Menschenrechtsbeauftragten. UNHCR hat ein Monitoringteam am Flughafen Priština,

welches die Daten der RückkehrerInnen erfasst und die Familien auch danach besucht, um zu überprüfen, wie die konkreten individuellen Lebensbedingungen sind. Insbesondere die Umsetzung der Richtlinien für Minderheitsangehörige wird vom UNHCR überwacht. Im letzten Jahr wurden dazu 585 Interviews mit RückkehrerInnen geführt und 89 Folgegespräche. Dabei wurden die statistischen Daten der Betroffenen erfasst – aus diesen und den weiteren Informationen wurde dann ein Bericht über die Erfahrungen und Schwierigkeiten der Gemeinschaftsangehörigen der Minderheiten erstellt. Das UNHCR spricht sich in aller Deutlichkeit gegen Zwangsrückführungen aus – insbesondere im Winter. Es gibt hier unter anderem eine enge Zusammenarbeit mit NRW, wodurch dort ein Wintererlass zustande kam.

Die grundsätzliche Haltung des UNHCR skizzierte Frau Doi wie folgt: Die Gemeinschaftsangehörigen der RAE dürften derzeit nicht abgeschoben werden, da die Bedingungen für eine menschenwürdige Reintegration nicht annähernd gegeben sind.

Juko Doi, UNHCR Kosovo

Die Situation im Kosovo ermöglicht weder eine adäquate Gesundheitsversorgung, noch den Zugang zu Bildung. Auch die Beschaffung von Dokumenten gelingt nicht wirklich. Auch im Falle von Albanern und Serben lehnt das UNHR Abschiebungen ins Kosovo ab. Als besonders problematisch werden Fälle gesehen, bei denen Familien mit Kindern abgeschoben werden oder Familien getrennt zurückgeführt werden. Das Monitoring des UNHCR hat für 2010 ergeben, dass 70% der Rückgeführten ein Jahr später nicht mehr aufzufinden waren. Es muss davon ausgegangen werden, dass ein Großteil erneut versucht, nach Deutschland zu kommen. Das UNHCR fordert mindestens Einzelfallprüfungen und individuelle Entscheidungen abhängig von der Situation der Betroffenen, aber unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit.

Es gäbe zwar Reintegrationsstrategien im Kosovo, diese bestünden jedoch faktisch nur auf dem Papier – die Umsetzung funktioniere fast nirgendwo. Auch URA 2 kann hier nicht nachhaltig gegensteuern – von Reintegration kann bei 6 Monaten Unterstützung, selbst wenn weitere 6 Monate hinzukommen, keine Rede sein. Das UNHCR steht für die freiwillige Rückkehr und sieht dennoch einen Großteil der RückkehrerInnen als gefährdet, insbesondere wenn der Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung fehlt. Hinzu kommt, dass Minderheitsangehörige faktisch keinen Zugang zu Arbeit haben. Ebenfalls bestätigte Frau Doi, dass die Kinder der RAE in der Regel keine Schulen besuchen, da die Realität so aussähe, dass serbische Kinder serbische Schulen und albanische Kinder albanische Schulen besuchen – Schulen für Kinder der RAE gibt es nicht und von den wenigen Pilotklassen mit 2 Stunden Unterricht in der Ursprungssprache weiß fast niemand der Betroffenen, zudem gibt es weder Curricula noch Unterrichtsmaterialien. Laut Informationen des UNHCR gäbe es faktisch nicht eine Schulklasse und zwar in keiner Kommune, die den Vorgaben der Reintegrationsstrategien entspricht. Frau Doi verwies hier dezidiert auf UNICEF, die zu ähnlichen Erkenntnissen gekommen sind.

Zur Sicherheitslage schätzt das UNHCR, dass einige VertreterInnen der RAE auch heute noch nicht an ihre Ursprungsorte zurückkehren kommen. Als Beispiel wurde Mitroviza benannt – hier war es 73,56 Prozent der Betroffenen nicht möglich, in ihre alten Häuser zurückzukehren, da diese entweder zerstört oder von anderen besetzt waren. Hinzu kommt das permanente Unsicherheitsgefühl der RAE-Angehörigen. Ein großes Problem stellen zusätzlich fehlende Personalunterlagen dar. Die Zahl

der Hausgeburten sei aufgrund der extremen Armut und des fehlenden Zugangs zu medizinischer Versorgung bei Minderheitenangehörigen hoch, die Kinder haben dann häufig auch keinerlei Papiere. Direkte physische Übergriffe finden zwar offiziell nicht statt, Betroffene berichten jedoch immer wieder davon – häufig kommt es zudem zu Bränden in den Unterkünften etc.

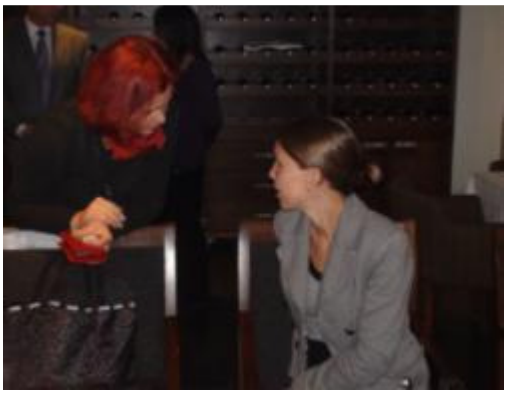
Ganz entscheidend für alles, was ein Mensch braucht, seien im Kosovo die Beziehungen. Sind diese nicht vorhanden, fallen die Menschen durch alle noch so wohlfeilen Strategien. Um von echter Integration reden zu können, bräuchte es aus Sicht des UNHCR eine Unterstützung und Betreuung aller Betroffenen, bis diese tatsächlich integriert sind. Frau Doi verwies zudem darauf, dass die sog. Empfangsoffices am Flughafen, in denen angeblich alle RückkehrerInnen in Empfang genommen und über ihre Möglichkeiten informiert werden, nur wochentags von 9-16 Uhr geöffnet haben und das auch erst seit September 2011 – das UNHCR kann dies nachweisen, da es rund um die Uhr ein Monitoring sicherstellt. Auch in den Kommunen kommen kaum Menschen an, zudem weiß das UNHCR gerade einmal von 11 Integrationsbüros im ganzen Land – es gibt insgesamt 39 Kommunen. Die meisten kennen jedoch die Strategien nicht wirklich und haben zudem keine Mittel zur Umsetzung selbiger. Zudem weiß niemand, von wo und wie welche Informationen überhaupt in die Kommunen kommen und wie und wo welche Daten in welcher Form erfasst werden.

Das UNHCR kommt daher zu der Einschätzung, dass viele Menschen schon bei ihrer Ankunft im wahrsten Sinne des Wortes verloren gehen. Das UNHCR sieht Rückführungen angesichts der realen Situation insgesamt schwierig und lehnt – auch Nachfrage immer wieder – Abschiebungen strikt ab. Insbesondere mit Blick auf die Situation der Kinder der RAE wirbt Frau Doi eindrücklich dafür, sich gegen Zwangsrückführungen ins Kosovo stark zu machen.

Gesprächstermin mit Frau Annette Brandt von der OSZE

Die OSZE steht für die größte internationale zivile Präsenz im Kosovo und engagiert sich seit vielen Jahren besonders für die Förderung der Menschenrechte, Minderheitenrechte, den Zugang zu Bildung, Sprache, Kultur, steht für Anti-Diskriminierungspolitik und die Durchsetzung der Rechtsstaatsprinzipien im Kosovo. Annette Brandt lebt bereits seit vielen Jahren im Kosovo und hat unter anderem den OSZE-Bericht vom November erstellt, der ein follow up zur Beobachtung der Implementierung der erstellten Reintegrationsstrategien darstellt. Hierbei wurde insbesondere danach geschaut, ob und wie die Kommunen diese Strategien umsetzen. Seit 2009 konstatiert auch die OSZE eine Verbesserung der Situation – allerdings fast ausschließlich auf dem Papier.

Frau Brandt konstatierte dazu wörtlich: „Eine Umsetzung der Strategien findet nicht statt.“ Neu sei zwar, dass es nunmehr auch einen Fonds (in Höhe von 3,5 Mio Euro) für die Untersetzung gebe, die meisten Kommunen könnten dieses jedoch noch immer nicht nutzen und die bürokratischen Anforderungen sind verworren. Eine maßgebliche Kritik der OSZE ist seit Jahren, dass kompetente Menschen auf kommunaler Ebene fehlen, die erstens die Strategien kennen und zweitens auch Vorstellungen haben, wie diese zu implementieren sind. Zudem findet nach wie vor nirgendwo ein Fallmanagement statt – Willkür sind daher Tür und Tor geöffnet. Das Hauptproblem für die Angehörigen der RAE sieht auch die OSZE nicht bei der Frage der Sicherheit sondern beispielsweise mit Blick auf die Zivilregistrierung, die Voraussetzung dafür ist, überhaupt Hilfeleistungen in Anspruch nehmen zu können.



Astrid Rothe-Beinlich im Gespräch mit Anette Brandt, OSZE

Organization for Security and Co-operation in Europe
MISSION IN KOSOVO

Als weiteres Hauptproblem benannte Frau Brandt die Frage des „housings“ – sprich der Unterbringung. Albanische Flüchtlinge beispielsweise, die einer Abschiebung nicht entgehen konnten, haben weitaus bessere Möglichkeiten, von ihren Familien aufgenommen zu werden, da diese eher über Wohnraum, Grundstücke oder Häuser verfügen. Für die Roma ist die Lage wesentlich schwieriger. Wenn es Verwandte gibt, leben diese oft selbst in sehr beengten und erbärmlichen Umständen und können somit gar niemanden weiter aufnehmen.

Bis letztes Jahr, so Frau Brandt, gab es überhaupt gar keine Unterstützung in Sachen Unterbringung. Einzelfälle und RückkehrerInnen aus Baden-Württemberg, NRW, Niedersachen und Sachsen-Anhalt können sich immerhin für 6 Monate an URA 2 wenden, für alle anderen gibt es im Prinzip keine wirkliche Hilfe. Die Darstellung des Innenministeriums sei völlig irreführend und geschönt. Die Zivilgesellschaft und mehrere NGOs würden sich um Betroffene (hier allerdings fast ausschließlich um freiwillig Zurückgekehrte) bemühen –allerdings gab es bis November 2011 überhaupt keine Belege für gelungene Unterstützung seitens der Regierung. Die Kommunen schaffen es kaum, Maßnahmen auf den Weg zu bringen, es passiert maximal vereinzelt etwas, aber völlig unkoordiniert. Als Hauptproblem sieht die OSZE, dass die Reintegration insgesamt eher als „freiwillige“ Aufgabe gesehen würde – es gibt keine Verpflichtung zur Umsetzung der Strategie und auch keine wirksamen Sanktionen. Mitunter fehlen den Kommunen sogar die einfachsten Dinge – beispielsweise Fahrzeuge für Hilfstransporte oder um die Menschen zu besuchen, Computer oder Datennetze zur Vernetzung etc.

Die ohnehin schwierige Situation der Abgeschobenen im Kosovo wird noch dadurch verschärft, dass ihnen von denjenigen, die während des Kosovo-Krieges nicht geflohen sind, vorgeworfen wird, sie hätten nicht gelitten und nicht gekämpft, und sich sozusagen vor der Verantwortung "gedrückt". Das führt zusätzlich immer wieder zu Spannungen.

Frau Brandt legte der Delegation die Berichte der OSZE ausdrücklich ans Herz und machte abschließend deutlich, dass sie Abschiebungen von RAE für grundsätzlich falsch halte – insbesondere jedoch im Winter.

Fahrt nach Mitroviza[3]

Mit dem Bus sind wir nach Mitrovica gefahren und parken in der Nähe der historisch bedeutsamen Austerlitzbrücke, die die Verbindung einerseits in den albanischen Süden und andererseits in den serbischen Norden darstellt. Diese Verbindung jedoch ist unterbrochen. Mitten auf der Brücke haben die Serben eine meterhohe Blockade errichtet, die die Stadt teilt. Von der Südseite kommend sehen wir KFOR-Soldaten und unterhalten uns mit ihnen. Sie patrouillieren dort, ein Panzer demonstriert ihre Präsenz. Wir werden eindrücklich aufgefordert, nicht über die Brücke zu gehen. Derzeit ist die Lage relativ ruhig. Trotzdem sind die Soldaten in Alarmbereitschaft, seit im letzten November die Situation eskalierte. Uns wird berichtet, dass in Mitrovica mehr als 30 Prozent der Autos ohne Kennzeichen unterwegs sind – was gut nachvollziehbar ist, da man sich so nicht der einen oder anderen Seite zuordnet. Ein großer Teil der Menschen, die Auto fahren hat gar keinen Führerschein. Unterhalb der Brücke wollte die Diakonie eigentlich ein Begegnungszentrum für junge Menschen aus dem Norden und aus dem Süden des Kosovo einreichten – die Pläne liegen aufgrund der angespannten Sicherheitslage auf Eis.

Wir fahren in die neu errichtete Romska Mahala (Mahala kommt aus dem türkischen und steht für Gemeinschaft). Hier wurden im Süden der Stadt Mitrovica auf einem ehemaligen Romaviertel (immerhin 750 Romahäuser sind hier im Krieg zerstört, niedergebrannt und geplündert worden – vor dem Krieg lebten hier mehr als 4000 Roma) kleine Häuser und kleinere Wohnblöcke errichtet worden, um die Menschen unterzubringen, die viele Jahre in den bleiverseuchten Camps wie Osterode (nördlich von Mitrovica) zubringen mussten. Noch immer sind dort zwischen 17 und 20 Familien untergebracht und fristen da ein furchtbares Dasein.

Austerlitz-Brücke in Mitroviza

Roma Mahalla im Süden Mitrovizas

Vorschulisches Bildungsprojekt in der Roma Mahalla

Die 505 Menschen, die jetzt in der Roma Mahala leben wurden medizinisch immer wieder untersucht, insbesondere die Kinder hatten sehr hohe Bleikonzentrationen im Blut und daraus resultierend Hirn- und Nervenschädigungen sowie Entwicklungsverzögerungen. In den Camps sollen zudem einige Kinder gestorben sein. Noch immer sind die Bleiwerte bei etlichen Kindern bis zu fünffach überhöht. Von den 505 Menschen, die in etwa 100 Familien leben sind 230 Kinder – schätzungsweise 80 davon im Vorschulalter. Jede Familie hat ein bis zwei Zimmer zur Verfügung. Das Roma und Ashkali Documentation Center bietet mit anderen Hilfsorganisationen, u.a. unterstützt durch Diakonie, MercyCorps und UNICEF in einem sog. Bildungszentrum mitten zwischen den Häusern eine Art stundenweises Kindergartenangebot für die Kleinsten, unterstützt den Schulbesuch, indem die Kinder bspw. Geld für Essen erhalten, wenn sie dafür in die Schule gehen und bietet Alphabethisierungskurse für die Eltern – 20 Frauen sollen daran derzeit teilnehmen. Außerdem wird

[3] Besuch der Austerlitzbrücke in der geteilten Stadt und der Roma Mahalla, in der Mitglieder der RAE aus den bleiverseuchten Camps rund um Mitrovica untergebracht wurden

jungen Frauen das Friseurhandwerk in einem Container gezeigt, etwa 30 Frauen kam dies schon zugute.

Hilfsorganisationen in der Roma Mahalla

Blick in das Vorzeigeprojekt

Vorschulisches Bildungsprojekt in der Roma Mahalla

Es ist jedoch kaum übersehbar, dass Mitrovica die ärmste Kommune im Kosovo ist. Bis Juli 2012 sollen auch die noch in Osterode verbliebenen Familien hierher umgesiedelt werden.

Die Bemühungen sind zwar eindeutig erkennbar, dass den Menschen hier so gut es irgendwie geht geholfen wird. Von würdigen Lebensumständen und gelungener Reintegration kann jedoch kaum die Rede sein. Müll soweit das Auge reicht - als Begründung heißt es, die Roma würden ihre Müllgebühren nicht bezahlen... Hunde, die überall herumliegen, überall trocknen Wäsche und Teppiche. Wie in den kleinen Zimmerchen Familien untergebracht sind, bleibt ein Rätsel. Als wir im Viertel unterwegs sind, werden wir von einer großen Traube Kinder umschwärmt, die im wahrsten Sinne des Wortes durch eine Delegationsteilnehmerin „angefüttert“ werden und schnell dem üblichen Klischee entsprechend noch mehr Süßigkeiten erbetteln wollen. Selten habe ich mich derart geschämt für das Verhalten unserer Delegation und die damit implizierten und reproduzierten Vorurteile.

Schlafende Hunde im Müll

Zwei Frauen schauen ihren Kindern beim Spielen zu

<u>Besuch im Diakonie Ausbildungs- und Trainingszentrum Mitrovica, Gespräch mit Bernd Baumgarten</u>

Weiter geht es in das Ausbildungs- und Trainingszentrum der Diakonie in Mitrovica, welches sich ausschließlich aus Spenden finanziert und mit der Diakonie Rheinland-Pfalz (Trier) zusammenarbeitet. Hier bietet die Diakonie, vertreten durch Bernd Baumgarten, der seit vielen Jahren im Kosovo lebt und arbeitet, praxisorientierte Ausbildungen für Klempner, Elektriker, Maurer, Trockenbauer, Fliesenleger und HauswirtschafterInnen aber auch Computerkurse. Für 10 bis 20 Euro im Monat, die die TeilnehmerInnen bezahlen müssen, findet in den Lernwerkstätten 3 Monate lang

der praktische Unterricht statt. SozialhilfeempfängerInnen können auch von den Gebühren befreit werden. Die Angebote richten sich seit 2007 allerdings ausschließlich an freiwillige RückkehrerInnen. Ein ganz großes Problem ist allerdings, dass es sich ein Großteil der Interessierten nicht leisten kann, eine Ausbildung zu absolvieren, für die sie bezahlen müssen, da die meisten den Lebensunterhalt verdienen müssen und daher jeden Job, bei dem sie auch nur etwas Geld verdienen, vorziehen.

Die LehrerInnen im Ausbildungszentrum erhalten im Schnitt 320 Euro monatlich, auch sie sind gezwungen, sich etwas dazu zu verdienen, um ihr Leben zu sichern. Letztes Jahr fand im Ausbildungszentrum ein Hauswirtschaftskurs statt, an dem 25 Frauen, die den Ashkali angehörten, teilnahmen. Ihnen wurde bspw. beigebracht, wie Lebensmittel haltbar gemacht werden und mit wenigen Ressourcen die Familie ernährt werden kann. Eine grundsätzliche Schwierigkeit stellt jedoch auch hier die fehlende Schulbildung der meisten Menschen dar. Die meisten TeilnehmerInnen an den Kursen haben nach etwa 4 oder 5 Jahren die Schule verlassen, viele sind schon verheiratet und haben Familien – es kommen aber bspw. auch Absolventen der Universitäten, die bspw. Bauingenieure sind, denen aber die praktische Ausbildung fehlt.

Just zu unserem Kommen gab es die Nachricht, dass über URA 2 vier Rückkehrer an das Ausbildungszentrum vermittelt werden, für die URA 2 sechs Monate die nötigen Kosten übernimmt.

Wenn eine Familie aus Deutschland zurückkehrt, recherchiert die Diakonie für sie die Situation am Rückkehrort, nimmt die Menschen in Empfang und zahlt beispielsweise für zwei Jahre einen Mietkostenzuschuss. Bis zu zwei Jahre dauert die Betreuung der Betroffenen.

Vorstellung der Diakonie Kosovo

Schulungsraum für Elektrotechnik

Außerdem hat die Diakonie mit Unterstützung durch das Auswärtige Amt nach eigenen Angaben binnen drei Jahren 31 TraumatherapeutInnen ausgebildet. Diese Ausbildung dauert ebenso zwei Jahre und erfolgt berufsbegleitend. Sie richtete sich an Mitarbeiterinnen von Frauenhäusern, an BeraterInnen aus dem sozialen und psychologischen Dienst und an FachärztInnen und PsychiaterInnen. Es muss davon ausgegangen werden, dass im Kosovo von den 2 Millionen EinwohnerInnen schätzungsweise 400.000 Menschen durch Flucht, Folter und Misshandlungen traumatisiert sind. Vor allem Frauen und Kinder leiden noch heute unter den Folgen schrecklicher Gewalterfahrungen. Trotz der hohen Zahl an behandlungsbedürftigen Menschen, gibt es im Kosovo kaum ausgebildete TraumatherapeutInnen. Ziel der Diakonie ist der Aufbau eines Psychosozialen Zentrums im Kosovo. Bislang wurden Traumatisierte – wenn überhaupt - fast ausschließlich medikamentös behandelt. Traumaarbeit war und ist im Kosovo noch immer eher unüblich. Zu hinterfragen bleibt zudem, inwieweit fachliche Standards bei der sehr kurzen Ausbildung der Diakonie im Kosovo gewährleistet sind. Baumgarten selbst plädiert dafür, dass Traumatisierte, die in Deutschland leben, besser dort Stabilisierung und professionelle Unterstützung erfahren sollten.

Herr Baumgarten konstatierte, dass man im Kosovo durchaus bemüht sei, die RückkehrerInnen zu reintegrieren, er räumte allerdings ein, dass es nur wenig Erfahrung im Umgang mit Flüchtlingen gebe. So sei er beispielsweise im guten Kontakt mit dem Bürgermeister von Mitrovica, der auf ihn zugekommen sei, da ihm die Kenntnisse und das Wissen fehlten, wie man die Menschen integrieren könne und welche Nöte sie mit sich brächten. Baumgarten betonte, dass vielen RückkehrerInnen aufgrund der extrem schwierigen Situation im Kosovo die Motivation fehle und sie dort abgeholt werden müssten, wo sie stehen. Für viele brächte die Rückkehr auch einen regelrechten Kulturschock mit sich, sie müssen lernen, dass ein Leben im Kosovo nicht annähernd mit einem Leben in Deutschland bspw. vergleichbar sei. Wichtig sei in diesem Zusammenhang vor allem die Vorintegrationsarbeit in Deutschland. Die Diakonie berät daher bereits in Deutschland zur freiwilligen Rückkehr, um die Menschen auf das vorzubereiten, was sie erwartet und mahnt zudem eine längere und intensive Begleitung an, wenn Integration gelingen soll. Zudem muss für Rückkehrarbeit auch Geld in die Hand genommen werden. Herr Baumgarten hatte diesbezüglich auch den Freistaat Thüringen angeschrieben und um Unterstützung gebeten, erhielt jedoch aus dem Innenministerium „aufgrund der angespannten Haushaltslage im Freistaat“ einen ablehnenden Bescheid.

Zur Frage von Abschiebungen betonte Baumgarten, er wolle sich nicht in Landes- oder Bundespolitik einmischen. Fakt sei jedoch, es werde abgeschoben. Auf die Frage, wie er das bewerte antwortete er, dass die Diakonie bewusst nur mit freiwilligen RückkehrerInnen arbeite, um nicht zur Legitimation für Abschiebungen zu werden. Die Situation im Kosovo sei ohne Frage mehr als schwierig.
Zudem werde derzeit auch an den abnehmenden Spenden aus Deutschland sichtbar, dass die finanzielle Situation allerorten schwierig sei. Die Diakonie in Mitroviza bangt selbst Jahr für Jahr um ihr Überleben. Sie hat jedoch noch viel vor. So plant sie bspw. den Aufbau einer Biofarm für Menschen mit Behinderungen, da diese derzeit völlig abgeschnitten und ausgegrenzt seien.

Die Delegation ist vom Engagement der Diakonie sehr beeindruckt und etwas beschämt wegen der ablehnenden Haltung des Thüringer Innenministeriums und hinterlässt daher nach individuellem Ermessen eine Spende bei Herrn Baumgarten.

Ein langer Tag geht somit zu Ende. Wir fahren mit dem Bus zurück nach Pristina, vorbei an der riesigen Industrieruine einer stillgelegten Batteriefabrik, in der früher Zehntausende arbeiteten und an qualmenden Kohlekraftwerken, wo in unmittelbarer Nachbarschaft in schäbigen Häuschen viele Romafamilien leben.

Donnerstag, 8. März 2012

<u>Abfahrt 8.00 Uhr nach Prizren – dort zunächst Besuch des Privaten Loyola Gymnasiums</u>

Am Morgen des Internationalen Frauentags, der im Kosovo eine große Rolle spielt, fahren wir nach Prizren. Ziel dort ist zunächst ein staatlich anerkanntes, klassisches, privates Gymnasium mit einem Internat für Mädchen und Jungen. Was dieser Besuchstermin mit dem Inhalt der Reise zu tun hat, erschließt sich nicht wirklich. Geleitet wird die Vorzeigeschule vom Geschäftsführer Walter Happel, der mit großem Elan die bisher siebenjährige Erfolgsgeschichte der Schule illustriert. Getragen wird die Schule u.a. von der Apostolischen Kirche, dem ASB-Sachsen, der Deutschen Provinz der Jesuiten, der Deutschen Franziskanervereinigung u.v.m.

Derzeit besuchen die Schule 628 SchülerInnen ab der 6. Klasse, davon 253 Mädchen. Es lehren 37 PädagogInnen und 9 ErzieherInnen, die etwa 350 Euro monatlich verdienen. Wertevermittlung steht im Vordergrund. Es wird Latein gelehrt – obgleich es dafür im Kosovo weder einen Lehrplan noch ausgebildete PädagogInnen gibt. Um aufgenommen zu werden, muss eine Aufnahmeprüfung

absolviert werden. Ordnung und Sauberkeit sind wichtige Prinzipien, die Schuluniform allein kostet 80 Euro pro Kind. Auch sämtliches Schulmaterial muss gekauft werden Das Schulgeld beträgt 960 Euro im Jahr, das Pensionsgeld – zzgl. zum Schulgeld – 2040 Euro im Jahr. Es soll aber auf Antrag auch Stipendien für Bedürftige geben. Zu den Zahlen wie viele der SchülerInnen diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, konnte Herr Happel keine Auskunft geben.

Fakt ist, dass sich diesen Schulbesuch keine normale Familie leisten kann. Auf Nachfrage meint der Geschäftsführer, dass es sicher „eine Handvoll Zigeuner, also Roma, Ashkali und Dings“ (wörtlich) an der Schule gäbe. Außerdem gebe es Serben und Bosniaken. Im Gegensatz zu staatlichen Schulen haben die Kinder hier 34 Unterrichtsstunden wöchentlich, sonst sind es 20. Happel stellt heraus, dass dies nahezu die einzige Schule sei, in der nach Leistung bewertet würde, in den staatlichen Schulen seien Noten Verhandlungssache und abhängig davon, welche Connections die Eltern zu den Lehrern haben.

Er räumt ein, dass die Schule völlig untypisch fürs Kosovo ist und verweist darauf, dass in den staatlichen Schulen Unterricht i.d.R. in mehreren Schichten stattfindet. Zudem seien diese zumeist nicht beheizbar. Auch das Abitur des Kosovo sei eher ein Witz – in drei Stunden würden 6 Fächer im multiple choice Verfahren geprüft. Immerhin haben wir nun auch im Kosovo gesehen, dass es denen, die genug Geld haben, möglich ist, sich aus dem staatlichen System freizukaufen...

Prizren, Gesprächstermin mit VertreterInnen der AWO, Caritas, vom Kolpingwerk, des ASB und der GIZ

Allen diesen Hilfsorganisationen und Vereinigungen ist gemein, dass sie ausschließlich mit freiwilligen RückkehrerInnen arbeiten. Hintergrund ist auch hier, dass sie Abschiebungen grundsätzlich nicht unterstützen und für diese auch keine Legitimation schaffen wollen.

Die AWO bspw. ist seit 2003 im Kosovo aktiv und beschäftigt sich maßgeblich mit Jugendlichen. Sie hat in ihrem Rückkehrprojekt bereits 423 Personen begleitet und ihnen bei der Reintegration Unterstützung gewährt. Insbesondere die letzten zwei Jahre wären sehr schwierig gewesen, da fast nur abgeschobene Mitglieder der RAE ins Kosovo gekommen wären. Deren Reintegration ist in der Praxis aufgrund der ärmlichen Umstände nur sehr begrenzt möglich. Mittel gibt es nur für die Arbeit mit freiwilligen RückkehrerInnen. Das merken auch die Abgeschobenen. Sie fühlen sich zusätzlich ausgegrenzt und wollen nicht im Kosovo bleiben, da sie keine Perspektive für sich sehen. Größte Schwierigkeit sei, dass die Minderheitenangehörigen in der Regel weder über Grundstücke noch Häuser verfügen. Die AWO unterstützt RückkehrerInnen etwa 2 Jahre, geht jedoch aufgrund der schwierigen Umstände davon aus, dass viele erneut versuchen werden, nach Deutschland zu gelangen – auch freiwillige RückkehrerInnen – da diese gar nicht absehen konnten, was sie im Kosovo erwartet.

Das Kolpingwerk ist bereits seit dem Krieg im Kosovo aktiv. Zu Beginn hat es sich maßgeblich am Wiederaufbau beteiligt. Seit 2003 hat es ein Bildungsprogramm gestartet, welches sich mit einem Erwachsenenbildungszentrum an freiwillig Zurückgekehrte wendet. Das Kolpingwerk unterhält 16 Ortsgruppen im Kosovo, die überwiegend ehrenamtlich aktiv sind. Der Vertreter des Kolpingwerks, Jeton Jakaj, bezeichnet die Lebensumstände der RAE als ganz traurig und erbärmlich. Besondere Schwierigkeiten sieht er beispielhaft in Djakova, wo die Menschen unter ganz schwierigen Bedingungen versuchen, zu überleben. Es sei normal, dass bspw. 10 Menschen in einem Zimmer leben. Die meisten Kinder der RAE gehen nicht zur Schule. Mädchen werden möglichst früh (mit 15 Jahren etwa) verheiratet. Arbeit habe keiner der RAE-Angehörigen. Von Reintegration könne keine

Rede sein. Er lehnt daher Abschiebungen strikt ab und sieht auch freiwillige Rückkehrprograme problematisch.

Abg. Bergner(FDP) im Gespräch mit dem Vertreter der Caritas im Kosovo

Austausch mit NGOs im Kosovo. Hier mit dem Vertreter vom Kolpingwerk im Kosovo

Jake Gjoni, Geschäftsführer der Caritas ist ausgebildeter Politologe. Die Caritas vermittelt insbesondere RückkehrerInnen aus Belgien Hilfe und Unterstützung bei der Reintegration. Hier stehen pro Familie zwischen 500 und 3000 Euro zur Verfügung. Die Caritas selbst verantwortet mehrere Projekte mir RAE – auch in Mitroviza und Djakova. In Djakova gibt es ein von der Schweiz unterstütztes Umsiedlungsprojekt, da die RAE dort in menschenunwürdigen Umständen leben. Auch in Peja sei die Situation – insbesondere für Roma – mehr als schwierig. Im Krieg und kurz danach wurden dort die Häuser der Roma niedergebrannt, weil man sie der Verbrüderung mit den Serben beschuldigte. Viele RAE sind auch heute als Binnenflüchtlinge unterwegs. In Prizren sei die Situation weit weniger angespannt, als sonst im Land. Auch die Caritas arbeitet aus Überzeugung nur mit freiwilligen RückkehrerInnen. Abschiebungen bezeichnet Herr Gjoni als Verstoß gegen die Menschenwürde – so würden das auch die Betroffenen empfinden. Zudem machte Herr Gjoni deutlich, dass die Reintegrationsstrategien zwar auf dem Papier bestünden, in der Praxis aber nicht spürbar wären. Nach Informationen der NGOs kämen zudem nur etwa 20% der von der Regierung zugesagten Mittel auch vor Ort an. Besonders problematisch sieht die Caritas die fehlende psychologische Beratung. Ihm persönlich sei kein einziger Fall bekannt, bei dem RückkehrerInnen durch staatliche Stellen angemessen begleitet würden. Bis vor einem Jahr gab es außer über URA 2 generell keine Hilfen. Allerdings seien den Ankündigungen aus dem Innenministerium auch noch keine Taten gefolgt. Außer Hilfestellungen bei der Dokumentenerstellung findet faktisch nichts statt. Die Caritas fragt sich, was die Abschiebungen für Folgekosten haben und bezeichnet diese als unverantwortlich hoch. Sie sieht es als sinnvoller und im Sinne der Würde der Menschen, die betroffenen Familien in Deutschland zu unterstützen.

Der Regionaldirektor des ASB, Elmir Bojadzic, berichtet von der bereits 20 Jahre andauernden Arbeit des ASB im Kosovo. Der ASB hat maßgeblich in Rückkehr- und Integrationsprojekte investiert. Geldgeber dafür waren maßgeblich die EU und die deutsche Regierung. Elmir Bijadzic ist 1998 ins Kosovo gekommen und hat seitdem Projekte in Höhe von 17 Millionen Euro verantwortet, davon kamen 15,5 Mio Euro von der EU und 1,5 Mio Euro von der deutschen Regierung. Der Schwerpunkt der Arbeit des ASB liegt auf der Arbeit mit Roma, Ashkali und Ägyptern, um diese beim Wiederaufbau von Häusern zu unterstützen. Bisher wurden für 85 Familien Häuser gebaut, dieses Jahr sollen 20 weitere hinzukommen. Zusätzlich unterstützt der ASB notleidende Familie finanziell.

Frau Fuchs von der GIZ ist nunmehr seit einem Jahr im Kosovo. Sie verweist zunächst auf die schwierige Ausgangslage im Kosovo: 34% der Menschen leben in absoluter Armut und haben somit weniger als 1,56 Euro täglich zur Verfügung, 12% leben sogar in totaler Armut, d.h. sie verfügen über weniger als 1,02 Euro am Tag. Das Land befindet sich in einer Transmissionsphase. Die meisten

Institutionen sind noch sehr schwach. Fast alles im Kosovo hängt davon ab, man jemanden kennt, der einem bspw. einen Job, eine Wohnung, Unterstützung etc. vermitteln kann. RückkehrerInnen fehlt dieses überlebensnotwendige Netzwerk – sie haben daher auch keinen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, zu Unterbringung. Ein Großteil fällt daher im wahrsten Sinne des Wortes in ein Loch. Wer im Kosovo alleine ist, ist verloren. Frau Fuchs spricht sich zudem ganz klar gegen Abschiebungen ins Kosovo aus.

Durch den Schneeregen geht es weiter zum Besuch einer staatlichen Schule am Rande von Prizren.

Besuch der staatlichen Schule Mati Logoreci[4]

In der Schule werden wir von in zwei Reihen aufgestellten mit Winkelementen (deutsche und kosovarische Fähnchen) ausgestatteten frenetisch rufenden Kindern begrüßt, die uns mit „Germania-Kosova“-Rufen empfangen. Mit dabei das staatliche Fernsehen, der Bildungsbeauftragte der Kommune und diverse LehrerInnen. Im Treppenhaus wird uns mittels Kulturprogramm ein Empfang bereitet, wie ich ihn nur aus der DDR kenne. Gedichte, Flötenspiel, Folkloretanz und immer wieder rhythmisch geschwenkte Fähnchen begleiten das Ganze.

Der Schulleiter ist sichtlich stolz. Es ist bitterkalt in der Schule, die 1600 Kinder von Klasse 1 bis 9 werden in zwei Schichten unterrichtet – vormittags die Älteren, nachmittags die Kleinen. Die Heizung würde derzeit immer kurz vor Mittag abgestellt. In den letzten Monaten war einige Wochen kein Schulbetrieb, da der hohe Schnee den Schulbesuch verunmöglichte. Die Lehrbücher werden kostenfrei gestellt, reichen aber nicht immer für alle. Vom Bildungsministerium erhält die Schule pro Kind 24 Euro im Jahr. Das macht etwa 30.000 Euro, die die Schule für Strom, Wasser, Heizkosten etc. zur Verfügung hat. Die reichen sichtlich vorne und hinten nicht. Schulspeisung gibt es ebenso nicht. Die Kinder tragen Schulkleidung – die Mädchen rote und die Jungen graue Kittel – diese müssen bezahlt werden und kosten je sieben Euro. In der Schule arbeiten 79 LehrerInnen.

Empfang in der Schule

Gespräch mit dem Bildungsbeauftragten von Prizren

Romanes-Unterricht

Diese Schule ist eine von drei Pilotschulen, in der wöchentlich 2 Stunden Unterricht in Romanes für Romakinder angeboten werden, wir dürfen uns eine solche verkürzte Stunde anschauen. Auffällig ist: Die Romakinder tragen keine Schulkleidung und ihre Straßenschuhe (alle anderen Kinder haben Hausschuhe), es gibt keinerlei Lehrmaterialien. Der Unterrichtsstoff bestünde – so die offizielle Erklärung – aus sieben bis acht neuen Wörtern pro Stunde. Das staatliche Fernsehen ist weiter dabei.

[4] Daran anschließendes Gespräch mit dem Schulleiter, dem Bildungsbeauftragten der Kommune Prizren, mit LehrerInnen und Vertretern der Romagemeinschaft: Die 6. Initiative.

Die Lehrer betonen, sich dafür einsetzen zu wollen, dass es Unterrichtsmaterialien gibt und der Unterricht richtig durchgeführt wird.

Uns wird auch eine Blitzstunde in einer dritten Klasse vorgeführt. Dort lernen die Kinder, dass die Menschen verschiedene Hautfarben haben und doch alle zusammen gehören. Auch hier filmt das Fernsehen und stehen mehr Erwachsene als Kinder im Raum.

Der kommunale Bildungsdirektor erläutert im Anschluss die Situation der Kommune. Es gäbe 38.900 SchülerInnen in Prizren und 3400 MitarbeiterInnen im Bildungssektor. Diese verteilen sich auf 48 Grund- sechs Sekundarschulen, zwei private Colleges und zwei Spezialschulen. 13 Schulen bieten Unterricht in albanisch und serbisch. Sechs Schulen unterrichten ausschließlich bosnisch. Von den Kindern sprechen 33.800 albanisch, 3.333 bosnisch und 1614 serbisch. In der Kommune sind 844 schulpflichtige Romakinder im Grundschulalter registriert, in der Sekundarstufe sind es gerade noch 200 RAE-SchülerInnen. Das gesamte Bildungsbudget beträgt gerade einmal 10,2 Mio. Euro. Davon fließen 9 Mio. Euro ins Personal, 1,2 Mio. Euro bleiben für Bauvorhaben, Material, Heizstoffe...

In dieser Schule sind 1258 albanisch sprechende Kinder, 156 türkisch sprechende und 35 bosnisch sprechende Kinder sowie 167 RAE in 67 Klassen. Der Großteil der RAE besucht den albanischen Unterricht, 5 den türkischen. Außerdem gibt es die 12-15 Romakinder, die zwei Stunden je Woche Romanes lernen.

Herr Osmani von der Romagemeinschaft „Die 6. Initiative“ streitet dafür, dass die Bildung der RAE-Kinder verbessert wird. Er hat dafür auch eine Initiative mit der Integrationsbehörde gestartet, um die Einschulung von Romakindern zu befördern. Er verwies darauf, dass 2003 nur 24% der Romakinder eine Schule besucht hätten, jetzt seien es wesentlich mehr. Allerdings würde noch immer ein Großteil die Grundschule bereits abbrechen. Seines Wissens gäbe es aber 200 Roma auch in Sekundarschulen. Er hat die Hoffnung, dass sich die Situation weiter verbessert, fürchtet jedoch, dass der Druck auf den Prozess der Rückführung eher dazu führt, dass die Kinder der Minderheitenangehörigen, die zurückkehren, die Leidtragenden sind. Oft würden ihnen Dokumente fehlen, sprächen sie die Sprachen nicht, hingen mitunter 2 Jahre in der Luft, bis ihr Status geklärt ist. Die Richtigkeitsbescheinigungen, die beispielsweise notwendig sind, um Dokumente zu bestätigen und zu übersetzen kosten etwa 20 Euro – schon das Geld fehlt vielen. Die Sozialhilfe reicht oft nicht aus, um die notwendigen Dokumente zu beschaffen. Die tagtägliche Praxis und die realen Anforderungen seien Verstöße gegen die Menschenrechte der Kinder. Hinzu kommt, dass viele abgeschobene Kinder seelisch krank werden und traumatisiert sind.

Unterrichtsvorführung

Das staatliche Fernsehen filmt unseren Besuch und interviewt den Delegationsleiter

Der Schulleiter versicherte, dass seine Schule auch Kinder ohne Papiere aufnehme – diese Maßgabe gäbe es neuerdings für alle Schulen. Er betonte, dass seine Schule gern auch Alphabetisierungskurse

für die Eltern der RAE anbieten würde, da deren mangelnde Bildung oftmals auch mit begründe, dass auch die Kinder nicht wirklich Bildung erfahren – dafür fehlen jedoch die Mittel. Als großes Problem sieht er zudem die fehlende Motivation zur Schule zu gehen, da das Leben in extremer Armut für viele völlig perspektivlos sei und sie – gerade nach einer Abschiebung – keinen Sinn mehr sehen, sich im Kosovo zu bilden. Man müsste also für die Familien der RAE Perspektiven schaffen, damit sie auch ihre Kinder motivieren können.

Problematisch muss zudem angemerkt werden, dass die Schulpflicht im Kosovo nur für die Grundschulzeit gilt.Wir haben in dieser Schule neben Vorführung auch viel echtes Engagement gesehen, allerdings fehlt es nahezu an allem – von der Heizung bis zum Schulheft.

Gespräch mit den Mitarbeitern von Deutscher Botschaft und BAMF über deren Aufgaben, Herr Guido Schröder und Rainer Welkener

Herr Welkener und Herr Schröder, der erst seit zwei Wochen im Kosovo tätig ist, erläuterten der Delegation ihre Aufgabenbereiche. So liegt es beispielsweise bei ihnen, Anfragen zu geplanten Rückführungen zu beantworten – u.a. dahingehend, ob bestimmte medizinische Leistungen im Kosovo erbracht werden können, ob es entsprechende Medikamente und Behandlungen gibt und ob das Wohl der Betroffenen gesichert ist. Die Anfragen dazu kommen für den norddeutschen Raum aus der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB) Bielefeld und für den Süden aus Karlsruhe.. Die Ablehnungsquote für die Rückführungen liegt bei etwa 10%. Eine andere Praxis pflegt NRW, die ohnehin eine sensiblere Einzelfallprüfung vornehmen. Dort wird nach der persönlichen Situation differenziert, auch die Jahreszeit spielt eine Rolle. Von den ZAB gibt monatlich Sammelrückführungen mit durchschnittlich 30 Personen von Düsseldorf oder Stuttgart.

Die Abschiebungen, die FRONTEX verantwortet, gehen über Wien. Auch das BAMF nimmt ein Monitoring am Flughaufen vor. Wenn das Ankunftsbüro geschlossen ist, seien die Grenzposten beauftragt, den RückkehrerInnen Informationsmaterial zur Verfügung zu stellen und diese auf das Reintegrationsbüro bzw. URA 2 zu verweisen. Laut Schätzung der Mitarbeiter würden zudem etwa 80 Prozent der Rückgeführten von Verwandten in Empfang genommen. Alle Rückkehrenden ohne Ansprechpartner und Unterkunft würden für die ersten sieben Tage in einem Motel in Flughafennähe untergebracht.

2011 seien etwa 500 RAE Zwangsabgeschobene im Kosovo angekommen und 250 freiwillig Zurückgekehrte RAE. Es sei richtig, dass nur URA 2 Angebote für Abgeschobene unterbreite, da die anderen Hilfsorganisationen Abschiebungen ablehnen. Es geht zurück nach Priština. Dort werden wir 2 junge Männer treffen, die nach ihrer Abschiebung völlig ohne alles dastehen.

Treffen mit Kefaet und Selami Prizreni, zwei Romabrüdern, die nach über 20 Jahren im März 2010 aus Essen abgeschoben wurden

Der ältere der beiden Brüder ist 1984 im Kosovo geboren und kam mit seinen Eltern und Geschwistern mit 4 Jahren nach Deutschland. Dort ist 1989 auch der jüngere Bruder geboren. Beide sind in Deutschland aufgewachsen und zur Schule gegangen. Sie sprechen fließend deutsch und englisch, machen Musik und sahen in Deutschland selbstverständlich ihre Heimat und ihre Zukunft. Der ältere Bruder hat eine geschiedene Frau und zwei Kinder, die in Deutschland leben und die er seit seiner Abschiebung nicht mehr gesehen hat. Hintergrund der völlig überraschenden Abschiebung war eventuell die Beantragung von Überbrückungsgeld durch den jüngeren Bruder. Die amtlichen

Sprachen im Kosovo verstehen und sprechen sie nicht, haben hier keinerlei Bezüge oder Zukunftschancen.

Ein Onkel lehnte ihre Aufnahme ab, da sie für ihr Fremde seien. Von URA 2 erhielten sie die ersten 6 Monate eine Mietunterstützung, danach war wieder alles vorbei. Sie haben weder eine Bleibe noch Aussicht auf eine solche, auch Arbeit finden sie nicht. Ihnen wurde quasi über Nacht jede Existenz genommen – ihre einzige Hoffnung ruht auf der Klage einer Flüchtlingshilfsorganisation gegen die Stadt Essen. Von dieser erhoffen sie sich eine Chance auf eine Rückkehr zu ihren Eltern, Geschwistern, Kindern und Freunden.

Freitag, 9. März 2012

Treffen mit UNICEF in Pristina, Beate Dastel, Monitoring and Evaluation Officer und Verena Knaus, Erstellerin der Studie „Integration unter Vorbehalt“

Aus Sicht von UNICEF muss grundsätzlich die Kinderperspektive in den Blickpunkt jeder Entscheidung gerückt werden. Seit 2008 hat UNICEF die Situation der Minderheitenkinder erfasst und dazu auch bereits zwei Studien herausgegeben. Nächste Woche wird die neueste Studie vorgestellt werden, welche sich mit den psychosozialen Auswirkungen der Rückführungen auf Kinder befasst. Die Situation der rückgeführten RAE-Kinder hat sich im Kosovo in letzter Zeit nur geringfügig verbessert. Sie haben eine schwache soziale Position, ihre Elterngeneration hat es zumeist nicht geschafft, sich in Deutschland zu integrieren. Die wenige Unterstützung die es gibt ist zudem zeitlich extrem kurz bemessen, sie reicht definitiv nicht aus, den Kindern ein sicheres Leben im Kosovo zu ermöglichen.

Großer Kritikpunkt: Die Natur sämtlicher Unterstützungsprogramme und Reintegrationsstrategien ist grundsätzlich auf die Eltern und nicht auf Kinder ausgerichtet. So fällt die Frage der Schulbildung regelmäßig unter den Tisch. Drei von vier rückgeführten Kindern der RAE besucht keine Schule, während in Deutschland fast alle zur Schule gingen. Die Ursachen für den nun nicht mehr erfolgenden Schulbesuch liegen oft auch in der Abschiebung begründet. Die Kinder fallen somit zurück in die Armutsspirale der Eltern – alle Investitionen, die in sie in Deutschland getätigt wurden, verpuffen somit. Das Kosovo will zwar die europäische Perspektive, die kommende Generation wird aber nicht fit für die Zukunft gemacht. Die Maßnahmen auf dem Papier und Strategien werden nicht annähernd umgesetzt. Für UNICEF zählt nur, was auch tatsächlich bei den Kindern ankommt. Es sind zwar Gelder für Reintegration da, aber das politische Interesse für die Minderheiten und die Lobby und Durchschlagskraft fehlt.

Verena Knaus, Beate Dastel von UNICEF

UNICEF – Büro in Priština

UNICEF Studie

Bei der Kindergesundheit bestätigen sich mit der aktuellen Studie die schlimmsten Befürchtungen. Insbesondere die psychosoziale Gesundheit der abgeschobenen Kinder ist besorgniserregend. Die Hälfte der Kinder leidet unter schweren klinischen Depressionen, ein Drittel der Kinder hat posttraumatische Stresssymptome, bei den Eltern sind es sogar zwei Drittel. Die Hälfte der Kinder erlebt die Abschiebung traumatisch. Das Kindeswohl spielt bisher jedoch so gut wie keine Rolle.

Schwierig ist es hier mit Vergleichen, wie es den Kindern vor der Abschiebung ging, weil darüber keinerlei Zahlengrundlage existiert. Die Abschiebung sei jedoch nachgewiesener Maßen oft ein Auslöser für Depressionen, die schwierigen Umstände vor Ort (medizinisch, hygienisch, Wohnsituation, etc.) verschlechtern zusätzlich den Gesamtzustand.

Auch wenn der Zugang zu medizinischer Versorgung theoretisch gegeben ist, ist dies in der Praxis ganz anders. Der Gesundheitssektor ist der schwächste Sektor im Kosovo überhaupt. Die Kinder- und Müttersterblichkeit im Kosovo sei extrem hoch. Sogenannte „out of the pocket“-Zahlungen von 50 bis 60 Prozent der Behandlungskosten sind Alltag und Teil des Systems, das können sich die RAE jedoch in der Regel nicht leisten.

Es gibt nur 2 ausgebildete Kinderpsychiater in Priština und vier im ganzen Land. Zudem gibt es im ganzen Kosovo nur einen Kinderpsychologen. Zu diesen muss man jedoch erstmal hinkommen. Zumeist findet dann nur ein Termin statt – von einer adäquaten Behandlung kann daher nicht annähernd die Rede sein. Im Kosovo gibt es keine stationäre Behandlungsmöglichkeit für Kinder mit seelischen Erkrankungen. Medikamente sind im Verhältnis zum Einkommen mitnichten billiger, wenn es überhaupt ein Einkommen gibt. Man kann sich nicht darauf verlassen, dass die Gesundheitsversorgung gewährleistet sei.

Papier und Realität klaffen meilenweit auseinander. Frau Knaus betonte, dass die Regierung ein großes Interesse daran habe, die Situation zu schönen, um die politische Agenda voran zu bringen. Sie plädierte für eine konsequente kindgerechte Beurteilung. UNICEF habe den Eindruck, dass die Minderheiten nach wie vor benachteiligt sind. Kinder, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, stehen nach einer Abschiebung ins Kosovo besonders schlecht da. Zu Depressionen und Ausgrenzung kommt noch das fehlende soziale Umfeld, um Stabilität zu erfahren. Nach Einschätzung von UNICEF würden Kinder der RAE im Schulwesen ganz klar diskriminiert. Die Bereitschaft der kosovarischen Behörden sei durchaus erkennbar, die Umsetzung werde jedoch noch Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, dauern. Ein zusätzliches Problem in den Romagemeinden sei, dass die Lebensmodelle auf die Kinder abstrahlen – bei mehr als 95 Prozent Arbeitslosigkeit gibt es keine Perspektive. Deshalb findet auch oft kein Schulbesuch statt. Zudem kostet dieser faktisch Geld – und seien es nur die Schulmaterialien oder die Fahrtkosten die nötig sind, das Esse n und die Kleidung, um dorthin gehen zu können.

Zu URA 2 sagte Frau Knaus: Auch hier braucht es einen genauen Blick auf die Hilfe. So sind im letzten Jahr nach Kenntnis von UNICEF gerade einmal drei Schultaschen verteilt und 15 Kindern Sprachkurse ermöglicht worden. Auch URA 2 sei nicht auf Kinder zugeschnitten. Kurzfristige Geldtransfers können nicht nachhaltig zur Reintegration beitragen.

Frau Knaus warnte eindringlich vor überzogenen Erwartungshaltungen gegenüber Hilfsprogrammen und mahnte an, sich darüber im Klaren zu sein, was es bedeutet, wenn man Kinder abschiebt. Abschiebung bedeutet Entwurzelung und ist nie im Interesse der Kinder. Zudem sei eindeutig erwiesen, dass die Kinderrechte im Kosovo nicht sichergestellt sind. Obgleich es beispielsweise eine rechtlich bindende Entscheidung gibt, dass Kinder ohne Papiere auch der Schulbesuch unkompliziert ermöglicht werden soll, kennen viele in den Kommunen diese Direktive nicht. Teilweise lehnen SchuldirektorInnen die Kinder einfach ab. Oder die Kinder werden im Unterricht einfach ignoriert, da sie die Sprache ohnehin nicht können, die Schulbücher sind gerade alle etc.

Auch der Begriff der Reintegration sei im Umgang mit Kindern, die nicht im Kosovo geboren oder aufgewachsen sind völlig falsch – schließlich kehren sie nicht zurück, sondern werden in ein für sie völlig fremdes Umfeld verbracht.

Ob und wo Hilfsleistungen tatsächlich ankommen sei zu hinterfragen. Transparenz wäre hier das A und O und das Gebot der Stunde – fehlt jedoch völlig. Es steht zu befürchten, dass Hilfe nicht den Hilfebedürftigsten, sondern oftmals den Bestvernetzten zugutekommt.

Kinder haben nur dann eine Chance, wenn ihr Schicksal nicht an dem ihrer Eltern festgemacht wird, stellt UNICEF klar. Deutschland sollte auch mit Blick auf Rückführungen die Grundrechte der Kinderrechtscharta beachten. Zudem gilt es, den Informationsfluss über die tatsächlichen Umstände, in denen Kinder leben, zu verbessern. Zudem sollte in Mängelbereiche, wie Traumabehandlungen investiert werden. Es gibt im Kosovo bspw. keine ausgebildeten Psychotherapeuten. Zudem sollte beachtet werden, dass die Bedürfnisse der Kinder unterschiedlich sind. Es wird oft schwieriger, je älter die Kinder werden. Allgemein gelte, dass Kinder zu wenig berücksichtigt werden. Und: Wenn jemand nicht hier leben will, wird die beste Hilfe nicht als Neuanfang, sondern als das Ende empfunden.
UNICEF kümmert sich im Kosovo neben dem Monitoring und der Erstellung von Studien um alle Fragen der Gesetzgebung Kinder betreffend, Ernährung und Gesundheit, Ausbildung/Einstieg ins Berufsleben und Kinderschutz. UNICEF will zu einem neutralen und zahlenbasierten Diskurs beitragen. Insgesamt 40 MitarbeiterInnen sind für UNICEF im Kosovo tätig und bieten zudem Mediation und Unterstützung beim Netzwerkaufbau.

Treffen mit der International Organization for Migration (IOM)

Die Maxime von IOM lautet: Migration for the Benefit of All. Allerdings arbeitet die Organisation ausschließlich mit Menschen, die freiwillig zurückkehren. In den letzten Jahren sind ins Kosovo etwa 200.000 Menschen zurückgekehrt, darunter etwa 85.000 Personen aus Deutschland. 2010 waren unter den RückkehrerInnen 18 Prozent RAE Angehörige, 2011 waren es sogar 21,5 Prozent. In 2012 sind im Januar und Februar insgesamt 30 RAE freiwillig zurückgekehrt.

Treffen mit IOM in Priština

IOM-Fahrzeug

IOM betreibt ein sog. „Face to Face Projekt“ – die Projektdauer beträgt 30 Monate. Es wird von der EU finanziert und unterstützt zumeist intern Vertriebene, die nach Montenegro oder Serbien oder innerhalb des Kosovo fliehen mussten. Außerdem engagiert sich IOM beim Wiederaufbau und versorgt RückkehrerInnen 6 Monate mit Lebensmitteln.. Das größte Problem der RAE sei, dass sie weder Eigentum noch Grundstücke hätten. Für RAE gibt es daher nur Bargeldunterstützung - es findet jedoch kein Monitoring statt, was mit den Geldern passiert. Die Höhe der Unterstützung für RAE beträgt zwischen 250 und 750 Euro, mehr Gelder werden von der deutschen Regierung zur Unterstützung selbiger nicht zur Verfügung gestellt.

Warum wir IOM besucht haben, erschließt sich nicht wirklich. Zur Situation von Abgeschobenen sagt IOM nichts, nur, dass im Winter generell nicht gebaut werde im Kosovo und somit das „housing“ schwierig sei. Nach diesem letzten offiziellen Besuchstermin fahren wir vorbei an der Deutschen Botschaft, die wie ein Hochsicherheitstrakt gesichert ist, damit dort niemand hinein gelangt, um bspw. Asyl zu beantragen.

Von dort geht es auf dem Weg zum Flughafen ein letztes Mal mit den Vertretern des BAMF und der Botschaft Mittag essen an einer Autobahnraststätte. Am Flughafen werden wir erneut umgehend in den VIP-Bereich geführt – so können wir den Flughafen erneut nicht inspizieren, um bspw. das vielzitierte Integrationsoffice in Augenschein zu nehmen.

Am späten Nachmittag hebt die kleine Maschine ab. Angekommen am Frankfurter Flughafen kommt uns schon wieder Polizei mit einer Familie mit vielen Kindern – augenscheinlich Angehörige der RAE – entgegen, dabei wenige Plastiktüten. Vermutlich werden sie mit dem gleichen Flieger, der eine halbe Stunde später wieder gen Priština abhebt, abgeschoben.

FAZIT:

Alles was wir gesehen und gehört haben, macht deutlich, dass ein Wintererlass für Angehörige der RAE maximal ein erster Schritt sein kann – hin zu einer humaneren Flüchtlingspolitik. Wieder in Deutschland haben wir unseren Antrag mit der LINKEN dahingehend geändert, dass wir einen generellen Abschiebestopp ins Kosovo fordern. Allerdings wissen wir, dass wir dafür leider kaum eine Mehrheit finden werden....

Aber wir geben nicht auf und werden dafür weiter streiten. Das sind wir den Menschenrechten schuldig, die vielfach mit Füßen getreten werden und die doch für alle gelten müssen, egal, welchen Status sie haben.

Astrid Rothe-Beinlich ist Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, Flüchtlings- und migrationspolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion sowie Mitglied im Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Für Rückfragen und V.i.S.d.P. Astrid Rothe-Beinlich, astrid.rothe-beinlich@gruene.de; www.rothe-beinlich.de

Weitere Informationen:

Link zum Videobeitrag von Astrid Rothe-Beinlich zur Delegationsreise:
http://youtu.be/t4RMxvHNLHA

Link zum Antrag für einen Abschiebestopp in das Kosovo:
http://gruenlink.de/7jr

Link zum Radiogespräch mit Radio F.R.E.I.:
http://www.radio-frei.de/index.php4?iid=7&ksubmit_show=Artikel&kartikel_id=3697